Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 252. Freitag den 27. Oktober 1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 85 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik" ausgegeben. Inhalt: 1) Zweiter Kongreß der Demokraten Schlesiens, gehalten zu Breslau am 22. und 23. Oktober. 2) Zur Würdigung der Bestrebungen des Vereins zur Reorganisirung des Handwerksstandes in Schlesien. 3) Korrespondenz aus Liegnitz, Hirschberg, Neisse.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 21—26. (531—536.) Bogen des 18. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 238—240. Frankf. Bg. 294—296.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 25. Oktober.)

Vorsitzender: Grabow. — Die Priorität vor der Tages-Ordnung ist nachfolgenden Anträgen eingeräumt:

I. v. Meusebach, Mätzke, Schmidt (Beeskow). Die Versammlung wolle beschließen: „daß von nächster Woche an 4 Sitzungstage ausschließlich für die Berathung des Verfassungs-Entwurfs anzusetzen sind."

II. Sperling und Wenger. Die hohe Versammlung wolle beschließen, „daß, nachdem auch 2. und 8. Titel des Entwurfs der Verfassungs-Urkunde (ersterer mit Ausschluß der Artikel über Kirche und Schule) in den Central-Abtheilungen berathen und die betreffenden Berichte abgestattet worden, der Berathung der Verfassungs-Urkunde vorläufig und ausschließlich wöchentlich 3 Tage gewidmet werden.

Auf Arntz's Antrag kommen beide Anträge sogleich zur Berathung. Nachdem v. Meusebach einige Worte für die Dringlichkeit gesprochen, wird dieselbe von der Versammlung anerkannt. v. Meusebach motivirt demnächst seinen Antrag, indem er darauf hinweist, wie die Verwerfung des gleichlautenden Antrages in der Sitzung vom 22. September von verschiedenen Rednern dadurch gerechtfertigt worden, daß damals nur der erste Titel des Verfassungs-Entwurfes vorlag. Nunmehr sei der Bericht über Titel 2 und 8 in den Händen der Mitglieder, an Material fehle es also nicht, vom Lande aber werde die Verfassung stürmisch gefordert. Waldeck erklärt sich gegen den Antrag des Herrn v. Meusebach: die Versammlung sei ein vorzunehmender Neubau, ehe man sich demselben ganz hingebe, möge man den Schutt von der Baustelle forträumen. Die Verfassung sei gewiß sehr wichtig, aber auch die organischen Gesetze nicht minder; durch sie werde die Aufregung am ehesten beschwichtigt. Es gelangten Adressen an ihn, die sich beschwerten über den Druck, der durch die Behörden auf dem Volke lastete, da seien organische Gesetze nothwendig. — v. Bonin; der Abgeordnete Waldeck hat gesagt, es gingen ihm Beschwerden über den Druck der Behörden zu. Dem Gouvernement sind in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr Klagen über Beamte als sonst zugegangen. — Waldeck: durch die organischen Gesetze werde dieser Druck im Ganzen gehoben und darauf komme es vorzüglich an. (Beifall.) Einzelne Klagen über Beamte habe er dem Ministerium übergeben. — Wenger für seinen Antrag, indem er an das reiche Material, das vorliege, erinnert. Ein verehrter Redner habe neulich bei einer Gesetzberathung gesagt, es werde von einer Seite immer auf die Verfassung gedrängt, um das Eigenthum wieder unantastbar zu machen. Dieser Grund bestimme ihn eben zu seinem Antrage. — Weichsel gegen die Anträge: darin, daß zuerst ein ganz unbrauchbares Verfassungs-Schema vorgelegt worden, liege das ganze Unglück. Das Eigenthum sei auch jetzt gesichert, er müsse hier auf eine sehr unschickliche Redensart, die er vorhin privatim auf einer Seite des Hauses gehört habe, aufmerksam machen. Man habe dort davon gesprochen, daß man der Linken durch diesen Antrag die Larve abreißen werde. Waldeck: er habe das Laudemien-Gesetz nicht auf die Revolution basirt, er gestehe der künftigen Kammer das Recht gleicher Maßnahmen zu, er vindicire ihr dadurch kein größeres Recht, als dasjenige, was im absoluten Staate bereits von anderer Seite ausgeübt worden. Arntz ist mit Waldeck einverstanden und stellt folgendes Amendement:

„3 Tage der Verfassung zu widmen, 3 den übrigen Gesetzen und 2 oder nach Umständen mehr Abendsitzungen die Woche für Interpellationen und sonstige Anträge die Woche."

Nach mehrfachen factischen Berichtigungen und persönlichen Bemerkungen kommt man zum Schluß. Die Anträge fallen und das Amendement Arntz wird mit bedeutender Majorität angenommen.

Hierauf wird der folgenden Interpellation der Abg. Schöne, Schulz (Delitzsch) der Vorrang vor der Tagesordnung eingeräumt: „das hohe Staats-Ministerium wolle darüber Aufschluß geben: 1) ob es das von der hohen National-Versammlung in der 74. Sitzung am 13. d. M. beschlossene Jagdgesetz der Krone zur Bestätigung vorgelegt habe? 2) sofern dies geschehen ist, ob und wenn die Bestätigung erfolgen werde? „Min. Eichmann erklärt, daß er heut über 8 Tage auf die Interpellation antworten werde. (Allgemeine Sensation.) Der Interpellant erklärt sich durch diese Antwort nicht befriedigt. — Otto (Trier) zieht eine für heute angekündigte Interpellation bis zum Sonnabend zurück. Ein provisorisches Gewerbe-Gesetz von Otto (Liegnitz) überreicht, wird der Fachkommission für Handel und Gewerbe überwiesen. — Der Präsident theilt mit, daß zwei Dringlichkeits-Anträge von Jung, Mätze, d'Ester u. s. w., der andere von Parisius eingegangen sind und bittet die Prioritäts-Kommission zusammenzutreten. — v. Unruh übernimmt den Vorsitz. — Man geht zur Fortsetzung der Berathung des Gesetzes über unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten über. Die zahlreichen Amendement werden verlesen. — Inzwischen ist die Prioritäts-Kommission zurückgekehrt und hat beiden Anträgen die Priorität eingeräumt. Der Antrag Jung, Mätze, d'Ester, Schramm, v. Lisiecki 2c. lautet:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des Staats-Ministeriums sei, zur Vermeidung der steigenden Aufregung in allen Provinzen des Landes die Sanction des von der Versammlung beschlossenen Jagdgesetzes schleunigst zu vermitteln."

Lisiecki spricht für, Tamnau gegen die Dringlichkeit. Parisius zieht seinen Antrag zurück, indem er wesentlich mit diesem Antrage übereinstimmt. — Minister v. Bonin: Wenn Seitens der Minister auf die vorher eingebrachte Interpellation die Antwort auf 8 Tage verschoben worden sei, so lag dem das Verlangen zu Grunde, der Versammlung dann anzuzeigen, daß die Sache erledigt sei. Amtsgeschäfte hätten die Publikation und Sanktion bis jetzt verzögert. — Graf Reichenbach: Meine Herren, ich bin eben aus der Provinz zurückgekehrt, ich kann Ihnen eine Schilderung von dem Zustande dort machen, der Sie von der Dringlichkeit des Antrages überzeugen wird. In allen Theilen Schlesiens jagen die Gutsbesitzer, welche wissen, daß ihnen das Jagdrecht nicht lange mehr bleiben wird, auf dem Felde der Bauern, sie jagen in großen Gesellschaften, und man giebt ihnen sogar Soldaten bei. Ich kann Ihnen als Beispiel mittheilen, daß im Hirschberger Kreise dem Grafen Matuschka 12 Jäger von der 5. Abtheilung zur Disposition gestellt wurden, um ihn bei der Jagd zu unterstützen. (Pfui! links.) Denken Sie sich den armeu Bauer, wie ihm durch diese Treibjagden die junge Saat niedergetreten wird, wie er nach vielen Unglücksjahren seine Hoffnung durch die Jäger und unter den Fußtritten der Hunde und des Wildes ersterben sieht. Mein „offener Brief an meine Wähler" ist von dem Oberpräsidenten Pinder beantwortet worden. Es gereicht mir zur Genugthuung, daß Dasjenige, was ich in dem Briefe gesagt habe und was in der Antwort als Landesverrath bezeichnet ist, sich hier bewahrheitet. Es gereicht mir zur großen Genugthuung und ich werde mit Stolz einer Untersuchung entgegensehen, die unter diesem Ministerium vorgenommen wird. (Lauter Beifall links, Zischen rechts.) — Auf Parisius Antrag wird die Debatte über die Dringlichkeit geschlossen. Eine bedeutende Majorität erhebt sich für die Dringlichkeit. — Temme macht darauf aufmerksam, wie das Bürgerwehrgesetz, das an demselben Tage angenommen, schon längst publicirt sei, während das Jagdgesetz noch keine Sanktion erhalten habe. Wir sind es nicht, denen man es immer vorwirft, die das Land beunruhige. (Lautes Bravo.) Kette spricht gegen den Antrag. Parisius: Die Stellung der Versammlung sei das Hauptmotiv, aus dem er sich für den Antrag erklärt habe. v. Meusebach schlägt eine motivirte Tagesordnung vor: „nach der der Versammlung gewordenen Erklärung des Herrn Finanz-Ministers geht dieselbe zur Tagesordnung über. Schramm spricht noch für den Antrag. Von mehreren Seiten Ruf nach Schluß, welcher herbeigeführt wird. d'Ester macht noch darauf aufmerksam, daß man das Ministerium hier drängen müsse, das Gesetz zu erlassen, damit man nicht in den Fall komme, es selbstständig thun zu müssen. Für die motivirte Tagesordnung erhebt sich nur die Minorität. Der Antrag wird mit bedeutender Majorität angenommen. (Für denselben stimmen: die entschiedene Linke, die Fraktion Rodbertus-Berg, das Centrum [v. Unruh] und das rechte Centrum [Harkort-Bornemann].) — Man geht nunmehr zur Berathung des Gesetzes über unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben über. — § 1. Nr. 10. hebt auf: „Die aus der Gerichtsbarkeit entspringenden Abgaben, welche außer den Kosten, deren Erhebung sich auf die gesetzlich bestehenden Gebühren-Taxen gründet, entweder an Gerichtspersonen oder bei einzelnen gerichtlichen Verhandlungen entrichtet werden, z. B. die Abgaben an Gerichtsdiener, die Dreidinggelder und die aus Speisungen bei Abhaltung des Dreidings herrührenden Speise- oder Tafelgelder, die sogenannte große und kleine Kanzleitaxe der Rittergüter, die Zählgelder, Siegelgelder, Ab- unb Zuschreibe-Gebühren, Lehnscheingelder, der Theilschilling, der sogenannte trockne Weinkauf." Eine Reihe Amendements von Teichmann, Hanow, Hartmann, Zenker, Wollheim, Ulrich, Heisig, v. Bruchhausen bezwecken zum größten Theil eine weitere Specification der aufzuhebenden Abgaben. Die Debatte dreht sich auch hier wieder um die Frage, ob eine solche Specification nicht besser ganz zu unterlassen sein möchte. Es wird indessen der Kommissionsentwurf angenommen, auf Ulrich's Antrag hinter dem Worte „Abgaben" eingeschaltet „und Leistungen", auf Heisig's Antrag die gleichzeitige Aufhebung der Kommissionsgebühren beschlossen, und endlich durch 181 gegen 145 ein Amend. von Teichmann: „Aufhebung des Rechts der Guts- und Ge-

richtsherren und des Staats a) auf herrenlose Sachen, b) auf erblose Verlassenschaften, c) auf Anfall gestohlenen Guts, dessen Eigenthümer nicht ausfindig zu machen ist," bei Namensaufruf angenommen. Zuletzt wird nach Verwerfung der übrigen Amendements nach Vorschlägen von Hartmann und Kunz die Aufhebung der Verpflichtung der Gemeinden zur Herbeiholung und Zurückführung von Gerichtspersonen, so wie besonderer Verpflichtungen betreffs der Gerichtslokalitäten und dergl. mehr beschlossen. (Schluß der Sitzung halb 3 Uhr.)

Berlin, 25. Oktober. [Amtl. Art. des St.-A.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beschäftigten Heinrich Abeken den Charakter als Legations-Rath beizulegen. — Der königliche Hof legt morgen die Trauer für Ihre Majestät die verwittwete Königin beider Sicilien auf drei Wochen an. — Dem Oberlehrer Steiner, am Gymnasium zu Kreuznach, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Die Ziehung der 4ten Klasse 98ster königl. Klassen-Lotterie wird den 2. November d. J. Morgens 8 Uhr, im Ziehungs-Saale des Lotterie-Hauses ihren Anfang nehmen.

Abgereist: Se. Excellenz der wirkliche geheime Rath und Ober-Präsident der Provinz Pommern, von Bonin, nach Stettin.

[Ministerkrisis. Zwangs-Anleihe. Industrieller Aufschwung.] Eine freundliche Mittheilung erlaubt uns, über die letzteren Dimissionen des Generals von Pfuel einiges Nähere anzugeben. Es knüpfen sich diese Vorgänge an die Ereignisse, welche den vielbesprochenen Empfang der verschiedenen Deputationen im Schlosse zu Bellevue den 15ten d. begleitet haben. Am Vorabend des königl. Geburtstages war bis gegen Mitternacht Ministerrath in Potsdam gewesen. Die von den Deputationen auf des Ministeriums desfallsige Anfrage vorgelegten Reden wurden besprochen, und es handelte sich um die Genehmigung der Gegenreden. Man wollte die Entscheidung der wichtigen Sache sich vorbehalten: so lautete die letzte Antwort. Am andern Tage ward, der Versicherung des „Staatsanzeigers" zufolge, improvisirt. Da bot Pfuel zum zweiten Male seine Dimission an, und blieb nur, als die Unterdrückung der Reden im „Staatsanzeiger" zugestanden ward. Die konstitutionelle Partei konnte über den Ausgang des eigenthümlichen Conflictes ihre Freude unverholen aussprechen. Der König war von seinem Ministerium förmlich desavouirt worden. Das mußte jedenfalls als ein Sieg der konstitutionellen Prinzipien erscheinen. Sprechen darf der Vertreter der höchsten Staatsgewalt, was sein erregtes Gemüth ihm einflößt. Aber offizielle Gültigkeit hat nur, was die verantwortlichen Minister übernehmen. Es klang also am Ende, als ob das Land über persönliche Aeußerungen zur Tagesordnung übergegangen wäre. So verstand es auch augenscheinlich die Linke in der Nationalversammlung, welche sich aller überflüssigen Interpellationen enthielt. Indeß hatte der Ministerpräsident eine schlimme Stellung. Er konnte nach unten hin den unpopulären Ursprung seines Ministeriums nicht in Vergessenheit bringen und entsprach doch wieder nicht den Erwartungen, welche man von anderer Seite her an ihn gestellt hatte. Es mußte früh oder spät zu neuen Diskussionen kommen. Es kam aber früh dazu. Am Sonntage ward die Dimission zum dritten Male überreicht und diesmal angenommen. Graf v. Brandenburg, der von Breslau einer an ihn ergangenen Aufforderung zufolge eingetroffen war, sollte an Pfuels Stelle treten. Der General aber hörte auf den Rath seiner Freunde und lehnte das Anerbieten ab. Was war zu thun? Herrn Eichmann zum Präsidenten zu ernennen — das hieß aus der Scylla in die Charybdis gerathen, denn Herr Eichmann ist durch seine Vergangenheit genöthigt, sich vor der Nationalversammlung noch mehr zu beugen, als der General v. Pfuel. Dieser ward bewogen, nochmals zu bleiben. Es liegt zu Tage, daß dieser Waffenstillstand nicht von langer Dauer sein kann. Andere Verwickelungen stehen uns noch bevor. Es ist aber keine glückliche Lösung möglich, so lange man sich nicht entschließt, den Willen der Majorität als den allein gültigen anzuerkennen, so lange das hartnäckig festgehaltene System mit dem Volksbewußtsein im Widerspruche steht. Ein General nach dem andern wird abgenutzt werden: wir werden dadurch nicht um einen Schritt weiter kommen. Gebe der Himmel, daß die immer höher wachsenden Schwierigkeiten am Ende nicht ganz andere Katastrophen herbeiführen helfen, als Diskussionen im Kabinet und unnütze Ministerwechsel. — Die Einzahlungen zur freiwilligen Staatsanleihe sind schon seit mehreren Wochen so spärlich geschehen, daß eine Zwangsanleihe vom Finanzminister beschlossen worden ist. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits beendigt und werden nächstens der Nationalversammlung vorgelegt werden. Das Ergebniß der freiwilligen Anleihe beantragt, wie wir aus gut unterrichteter Quelle versichern können, die Summe von zehn und einer halben Million. — Bei dem Conflicte am 16ten zwischen Bürgerwehr und Arbeitern sind von den Ersteren, wie jetzt ermittelt worden ist, 110 Personen verwundet worden; bei einem Bataillon allein einige achtzig. Viele dieser Verwundungen bestehen allerdings in leichten Quetschungen und Contusionen, doch sollen auch einige sehr bedeutende darunter sein. — Die für die gegenwärtigen Verhältnisse ungemein günstigen Resultate der Messen in Leipzig und Frankfurt a. M. haben dem geschäftlichen Verkehr in Werkstätten und Fabriken einen neuen Aufschwung gegeben, der zu guten Hoffnungen für den nächsten Winter berechtigt. Auch auf Gewerbe und Fabriken in unserer Hauptstadt hat jener günstige Meßumsatz seine gute Wirkung nicht verfehlt, denn in den lange Zeit verödeten Werkstätten und Fabriken rühren sich wieder fleißige Hände. In Folge dieser glücklichen Veränderung haben eine Menge Erdarbeiter ihre Arbeit eingestellt, und sind zu ihrer Profession, der sie im Frühjahre gezwungen den Rücken zukehren mußten, zurückgekehrt. (Nat.-Z.)

§§ **Berlin**, 25. Okt. [Die Krisis. Tagesfragen. Klubbs.] Wir befinden uns abermals in einer bedenklichen Krise. Aus dem heutigen Kammerbericht ersehen Sie, daß die überwiegende Majorität der Nationalversammlung das Ministerium auf das dringendste aufgefordert hat, die schleunigste Vollziehung des vor 14 Tagen angenommenen Jagdgesetzes zu bewirken. Bekanntlich ist die Sanktion dieses Gesetzes höheren Orts auf Schwierigkeiten gestoßen. Sofort nach der heutigen Abstimmung verließen die Herren v. Pfuel und v. Bonin den Saal, um sich nach Potsdam zu begeben. Ohne das vollzogene Gesetz in der Hand werden sie morgen oder übermorgen schwerlich vor die Versammlung treten können. Man muß noch hoffen, daß die Krone ihre Sanktion nicht versagen werde; im entgegengesetzten Falle würde sie nicht allein in Konflikt mit der Versammlung, sondern auch mit der ganzen ländlichen Bevölkerung der Monarchie gerathen. Es ist für diesen Fall undenkbar, daß irgend ein freisinniges Ministerium zu Stande kommen kann und nur die Reaktion wird den Muth haben, das Ruder zu ergreifen. — Die morgende Sitzung wird über das definitive Schicksal des § 1 der Verfassung entscheiden. Ich höre, daß die Rechte und die Partei Unruh des linken Centrums den ganzen § verwerfen wollen, weil ihnen das darin aufgenommene Amendement Phillips nicht behagt. Ueber das Resultat läßt sich nichts mit Bestimmtheit voraussagen, die Parteien sind ziemlich gleich stark und es kann sich um 1 Stimme dabei handeln. Es wäre traurig genug, wenn die Rechte, welche stets die beschleunigte Berathung der Verfassung verlangt, morgen in der definitiven Abstimmung das Werk viertägiger Diskussion zerstörte. In der heutigen Sitzung wurde über den Antrag des Abg. v. Meusebach wegen Anberaumung von vier Sitzungen wöchentlich für die Berathung der Verfassung diskutirt. Allein man muß eingestehen, daß mit der Verfassung allein noch nichts gethan sei. Eine Verfassung ohne die nöthigen organischen Gesetze, wie z. B. Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung, Gerichtsordnung, Gesetz über die Volksbewaffnung, wird und muß eine Lüge bleiben. Nun ist es aber klar, daß eine gewisse Partei ein ganz besonderes Interesse hat, die Vollendung der Verfassung zu erzielen, damit eben die Versammlung aufgelöst und die organischen Gesetze von der später zusammentretenden Kammer, welche dann allerdings weniger revolutionär sein dürfte, berathen werden können. Das Amendement Arntz, welches heute angenommen worden, beseitigt diese Gefahr, indem es die Zeit gleichmäßig zwischen Verfassung und die übrigen Gesetze vertheilt, außerdem geht es noch weiter, als die Herren von der Rechten gewollt, indem es die Interpellationen und dringlichen Anträge in die neu anberaumten 2 Abendsitzungen verweist. Somit wird das Land die Ueberzeugung gewinnen, daß das Centrum und die linke Seite der Kammer keineswegs, wie bisher verbreitet worden, geflissentlich die Beendigung des Verfassungswerkes hinauszuschieben suchen, daß sie aber durch gleichzeitige Berathung der organischen Gesetze, die Verfassung zu einer Wahrheit werden zu lassen bemüht sind; und ehe diese organischen Gesetze nicht vollendet und genehmigt sind, werden die letztgenannten Parteien gewiß nicht in die Auflösung der Nationalversammlung willigen. — Folgendes Plakat, unterzeichnet „die 69. Kompagnie der Bürgerwehr" ist heute an den Straßenecken angeschlagen: „Die Revolution des 18. März gab der Bürgerwehr die Waffen und mit ihnen das Recht, welches dem Volke bisher entzogen war. Dies Recht ist im § 1 des Bürgerwehrgesetzes ausgesprochen, und dies zu wahren und den Thron zu schützen, so lange er selbst die verfassungsmäßige Freiheit schützt, wird stets das Ziel der Bürgerwehr sein." Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß dies Plakat gegen die von Herrn Eichmann gegengezeichnete Kabinetsordre an das Kommando der Bürgerwehr gerichtet ist. — Es besteht hier seit Kurzem ein Militär-Reform-Klubb, dessen Vorsteher die Herren Streckfuß, Chevalerie und Faltin sind; Zweck desselben ist, darauf hinzuwirken, daß im Militärwesen zeitgemäße Reformen eingeführt werden; das Gebiet der Politik ist von der Besprechung ausgeschlossen. Der Oberst Häser, von einem der hier garnisonirenden Regimenter, hat den Soldaten bei schwerer Strafe untersagt, den Klubb zu besuchen und sogar beim Kriegsminister auf ein desfallsiges definitives Verbot angetragen. Sie ersehen hieraus, wie wenig unsere Offiziere von konstitutionellem Geiste durchdrungen sind; das Versammlungsrecht besteht bis jetzt für das Militär noch nicht. — Der Volksklubb hat beschlossen, seine Mitglieder alle Sonntage militärisch einüben, exerciren und sie überhaupt in den verschiedenen militärischen Fertigkeiten ausbilden zu lassen. — Der demokratische Kongreß wird morgen seine Thätigkeit beginnen, jedoch wird die erste Sitzung nicht öffentlich sein. Es sind bis heute 50 Mitglieder dazu eingetroffen, auch Freiligrath wird erwartet. — Die Truppen, welche um Berlin liegen, fangen bereits an, mißmüthig zu werden, sie sind in schlechten Quartieren eng zusammengedrängt, an Bequemlichkeit ist nicht gedacht, und Beschäftigung haben sie nicht. Es ist in Folge dessen beabsichtigt worden, einen Theil davon in die hiesigen Kasernen hineinzulegen. Herr v. Pfuel soll sich aber dagegen erklärt haben und zuletzt damit durchgedrungen sein, so daß die Truppen mehr von Berlin entfernt und ihnen bessere Quartiere zugewiesen werden. — Dr. Kohnheim, bekannt als Verfasser der vielen Plakate unter dem Namen „Aujust Buddelmeier," stand in diesen Tagen vor Gericht wegen eines im Juli erschienenen Plakats „der Majestrat muß abdanken" und wurde zu sechswöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt. — Die vereinigten Fachkommissionen der Nationalversammlung für Handel und Finanzen haben gestern das von der Regierung vorgeschlagene Gesetz wegen Erhebung eines Zuschlages zu den Eingangsabgaben von einigen ausländischen Waaren mit der alleinigen Aenderung im § 2 angenommen: daß die Regierung nach dem 31. Dezember nur ermächtigt wird, auf 3 Monate diesen Zoll zu erheben. Uebrigens fand das Gesetz in der Kommission heftigen Widerspruch und in der Plenarversammlung werden Schutzzoll- und Freihandelssysteme sich harte Kämpfe liefern.

□ **Berlin**, 25. Oktober. [Tagesbericht des Corr.-Büreaus.] Nach der heute durch die Interpellation von Schulz (Delitzsch) wegen der Sanctionirung des Jagdgesetzes herbeigeführten Debatte verließ Ministerpräsident v. Pfuel den Ministertisch, und nicht Wenige glaubten in seinen Mienen den Vorsatz zu lesen, an diesen Platz nicht wieder zurückkehren zu wollen. In der That hat sich seit heut Mittag das Gerücht von neuem verbreitet, die Demission des Herrn v. Pfuel sei nicht bloß eingegeben, sondern diesmal auch angenommen. Herr Kisker soll sich dem Präsidenten des Kabinets angeschlossen haben, und beide Männer werden die Geschäfte nur noch bis zur Wiederbesetzung ihrer Stellen fortführen. Zu dieser letzten Entschließung des Herrn v. Pfuel sollen außer den schon gestern von uns erwähnten Umständen persönliche Aeußerungen des Prinzen von Preußen über das Verhalten des Ministeriums gegenüber der Kammer in den Verfassungsdebatten entscheidend mitgewirkt haben. — Johann Jakoby ist aus Königsberg wieder zurückgekehrt und hat heute seinen Sitz in der Kammer eingenommen. Wie wir hören, wird der genannte Abgeordnete schon in wenigen Tagen eine neue Urlaubsreise nach seiner Vaterstadt antreten. — An den Straßenecken findet sich eine neue Protestation gegen die Kabinetsordre an den Bürgerwehrkommandeur. Die 68ste Compagnie erklärt: nicht der König, sondern die Revolution habe die Waffen in ihre Hände gegeben, und nicht zu dem Zwecke, den Thron zu schützen, sondern um die Rechte und Freiheiten des Volkes zu wahren. — Heut Abend finden die Vorberathungen des Demokraten-Kongresses statt. Es haben sich bereits viele Abgeordnete auswärtiger demokratischer Vereine hier eingefunden. Freiligrath, der aus Düsseldorf erwartet wurde, ist, wie wir hören, bis jetzt nicht eingetroffen. — Die Räumung des Waffendepots des Studentenkorps (s. gestr. Ztg.) macht viel Aufsehen und hat gestern besonders im Bürgerwehrklubb zu heftigen Debatten und Beschlüssen Anlaß gegeben. Ganz unerwartet nämlich war auf Veranlassung des Ministers des Innern ein Offizier an der Spitze einer Anzahl Soldaten in das Universitätsgebäude gekommen und hatte die Auslieferung der dort befindlichen, von den Studirenden vor den Ferien zurückgegebenen Waffen, verlangt. Die Universitätsdiener leisteten dieser Aufforderung willig Folge, obschon das dem bewaffneten Studentenkorps übergeordnete Bürgerwehrkommando die Zurückgabe der Waffen an das Militär untersagt hatte. Man sieht entschiedenen Schritten des Commandos entgegen. Der Bürgerwehrklubb will der Nationalversammlung von dem Geschehenen Anzeige machen und eine Anklage gegen den Minister Eichmann erheben. — General Wrangel wird sein Hauptquartier von Charlottenburg nach Potsdam verlegen. Die Fraktion Rodbertus-Berg neigt sich der entschiedenen Linken immer mehr zu, vorzüglich dürften sich diese beiden Parteien in den Verfassungsfragen die Hand bieten. Die

heutige Antwort des Herrn Ministers Eichmann auf die Interpellation Schöne-Schulz hat auch das eigentliche Centrum (v. Unruh) sehr stutzig gemacht; wie die Dinge im Augenblick liegen, dürfte sich bald eine entschiedene Majorität in der Kammer herausstellen, an der es seit einiger Zeit fehlte.

⩯ **Berlin,** 25. Okt. [Tages-Neuigkeiten.] Die auf Befehl des Ministers Eichmann (oder eigentlich wie ich so eben erfahre, auf Anordnung des Senats) gestern früh 6 Uhr aus dem Waffen-Depot der Studenten durch Militär-Eskorte nach dem Zeughause geschafften Waffen der Studenten, sind bereits der Gegenstand heftiger Debatte, und einer vielfachen Erbitterung geworden. Man erblickt darin den Anfang einer gewaltsamen Entwaffnung der fliegenden Corps. Die Studenten selbst wollten zwar die Waffen aus dem Universitätsgebäude entfernt haben, da sie sie daselbst vor etwaigen Angriffen nicht sicher hielten, oder theils hatten sie den Plan, dieselben nach ihrer Commandantur in der Bahnhofsgasse zu bringen, theils hatte ihnen auch der Commandeur Rempler zugesagt, dieselben im Schlosse durch die dortige Bürgerwache aufbewahren zu lassen. Selbst der Commandeur Rimpler wußte nichts von dieser Gewaltmaßregel, und erfuhr dieselbe erst, nachdem sie geschehen war. Er hat bereits mit Kraft und Energie Schritte gethan, um die so gewaltsam gekränkten Rechte der Studentenschaft zu wahren. — Auch der Bürgerwehr-Klubb ist entschlossen, die Sache bis aufs Aeußerste zu verfolgen. Er wählte eine Deputation, welche nochmals Herrn Rimpler ersuchen soll, mit aller Strenge diesen Vorfall zu ahnden und die Waffen zurückzuverlangen, da sie nicht dem Zeughause, sondern der Bürgerwehr gehören, und unter deren Commando die Studentenschaft steht. Ferner soll beim Staats-Anwalt gegen den Minister Eichmann denuncirt werden und falls dieser die Denunciation zurückweisen sollte, will man sich direkt an die National-Versammlung wenden, um zu verlangen, daß der Minister Eichmann dort zur Rechenschaft über seine Handlungsweise, vorzüglich aber über die darin liegende Verletzung der Habeas-Corpus-Akte zu ziehen. — Ein öffentlicher Anschlag an den Ecken soll die Bürgerwehr warnen, vor ähnlichen Gewaltthaten sich in Acht zu nehmen. — Eine Deputation von Bürgerwehrmännern wird sich zur Fraktion der Linken begeben, um eine Interpellation an den Minister Eichmann darüber zu veranlassen, ob es sich mit dessen konstitutionellen Grundsätzen vereinigen lasse, eine solche Kabinets-Ordre, wie die an das Bürgerwehr-Commando erlassene, gegenzuzeichnen. — Es zirkulirt jetzt hier eine Dankadresse an die National-Versammlung für das Bürgerwehr-Gesetz. Dieselbe geht von einigen Bürgerwehrmännern des 65sten Bataillons aus, allein sie findet sehr wenig Unterschriften, da die Bürgerwehrmänner vor Unterzeichnung dieser Adresse gewarnt worden sind. Auch an die Wiener National-Garde ist eine Adresse in Cirkulation, welche dieselbe ermuthigt, auszuharren im Kampfe für Freiheit und Recht. — Man hegt sehr lebhafte Besorgnisse, daß binnen Kurzem eine sehr große Militärmacht wieder die Garnison von Berlin verstärken wird, da die vorgerückte Jahreszeit das Liegen der Truppen um Berlin auf den Dörfern in Scheunen, Heuböden u. s. w. fast unmöglich macht. — Die sämmtlichen hiesigen Schützen-Corps der Bürgerwehr werden sich zu einer großen Schützen-Abtheilung vereinigen, die Uniform soll die der hiesigen Schützen-Gilde werden. Ueber 5000 Meldungen sind bereits zum Eintritt in die Abtheilung erfolgt. — Gegen den Sicherheitsausschuß wird der Bürgerwehr-Klubb ebenfalls eine Warnung an alle Bürgerwehrmänner erlassen, den Anordnungen dieses Ausschusses Folge zu leisten. — Mannigfache beunruhigende Gerüchte durchkreuzen wieder die Stadt. Man spricht, es sei Befehl ergangen, den auf morgen hier zusammentretenden demokratischen Congreß, gewaltsam zu sprengen. Andere Gerüchte wollen von einem nahen Belagerungszustande wissen, der binnen kurzem über Berlin verhängt werden soll, die demokratischen Klubbs haben sogar schon Aufforderungen an das Volk ergehen lassen, sich auf längere Dauer mit Proviant zu versehen, mehrere Klubbs veranstalten schon Waffenübungen und Exercitien. Ich bringe jedoch alle diese Gerüchte einfach mit der oben erwähnten Aussicht in Verbindung, daß binnen Kurzem unsere Garnison verstärkt werden wird, weil die Soldaten nicht mehr auf den Dörfern placirt werden können. Einen höchst günstigen Eindruck machte das Plakat des hiesigen Maschinenbau-Vereins, worin derselbe erklärt, daß er sich bei einem von der Reaktion angefachten, ausbrechenden Kampfe zwischen Arbeiter und Bürger sich **unbewaffnet** zwischen beide Parteien stellen werde, um den Kampf zu verhindern, bei einem Kampfe aber für die Freiheit des Volkes werde er **bewaffnet** in den Reihen der Arbeiter und der Bürgerwehr stehen.

Berlin, 25. Okt. [Der Zustand Berlins ein höchst erregter.] Die Stimmung ist hier dermalen eine sehr erregte, wir möchten sagen, erbitterte. Während auf der einen Seite die Wiener Ereignisse die Gemüther in Spannung erhalten, hat sich in unseren eigenen Zuständen auf der anderen Seite so manches Symptom gezeigt, welches die Parteien zu einer entschiedeneren Haltung getrieben. Es ist kaum mehr zweifelhaft, daß die Partei der entschiedenen Reaktion den unseligen Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und Arbeitern durch Hetzereien und Intriguen in ihrem Sinne zu benutzen strebte. Sie wollte die Funken zur hellen Flamme anblasen. Dank dem gesunden und gemäßigten Sinne unserer Bevölkerung, daß sie solchem Treiben in den Weg trat. Inzwischen verliert sie aber den Muth nicht. Ihr Organ, die N. preuß. Zeitung, bringt gestern und heute förmlich bluttriefende Leitartikel. Während sie mit dem einen Auge auf Jellachich blickt, für den sie die besten Segenswünsche hat, überwacht sie mit dem anderen die hiesigen Zustände und hetzt gegen die Nationalversammlung, gegen die Bürgerwehr und gegen den bevorstehenden Kongreß der deutschen Demokraten in der nur ihr eigenthümlichen gallsüchtigen Art. Mit dem Ministerium Pfuel ist sie total unzufrieden, sie spricht es offen aus, sie will ein Ministerium der That, ein Ministerium, das mit Gewalt die schwebenden Fragen löst und den schwankenden provisorischen Zuständen im Namen des krassen Absolutismus ein Ende macht. Das ist nicht die Sprache eines Blattes, sondern einer Partei, die durchaus nicht ohnmächtig ist, ja einer Partei, für die der Wind in gewissen Regionen grade jetzt, wie man behauptet, nicht ungünstig blasen soll. Die Reden des Königs am 15. Oktober beutet sie in ihrem Sinne aus und legt dem Könige das Beispiel Ferdinands von Oesterreich nahe, bei dem „die That dem Worte auf dem Fuße nachgefolgt." Ein Ministerium Radowitz-Wrangel wäre nach ihrem Wunsche, was nichts anderes heißt, als sie will den Bürgerkrieg. Nehmen die Ereignisse in Wien einen für die Sache der Freiheit ungünstigen Verlauf, so wird diese Partei in ihrer grenzenlosen Erbitterung Alles wagen. Es gilt jetzt, wachsam zu sein, einig und einträchtiglich zu handeln! Berlin hat das wohl begriffen und bewahrt zwar eine feste aber keine herausfordernde Haltung. Das Leichenbegängniß hat Wunder gewirkt. Es ist ein Ernst und eine Ueberzeugungstreue in die Gemüther eingezogen, die wahrhaft bewundernswerth ist. Beweis dafür ist die Erklärung des kernhaftesten Theils unserer Bevölkerung, der Maschinenbauer, die Ihnen bekannt sein wird. (S. den Schluß des Artikels ⩯ Berlin.)

Deutschland.

□ **Frankfurt,** 28. Oktbr. [101. Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung.] Eröffnung um 9½ Uhr unterm Präsidenten Gagern. Tagesordnung: Berathung über die Anträge der Abgeordneten Venedey und Nauwerk zur Wahrung der Interessen Deutschlands in den gegenwärtigen Zuständen Oesterreichs und Fortsetzung der Berathung über § 2, 3 und 4 des Verfassungs-Entwurfs. — Nach Verlesung des Protokolls ohne Reklamation wird der Tod des Abgeordneten Brunck von Fürfeldt angezeigt und die Versammlung zur Begehung der Begräbnißfeier am heutigen Tage um 4½ Uhr aufgefordert. Ferner wird der Austritt von Neergardt aus Oevelgrün, Blumenstädter aus Burladingen, Dr. Förster aus Breslau und Ludwig Schwarzenberg aus Kassel aus der National-Versammlung angezeigt, nächstdem geschieht Mittheilung der eingegangenen Beiträge zur Begründung der deutschen Kriegs-Flotte. — Meyer zeigt den Bericht Namens des Gesetzgebungsausschusses an, wonach über den Antrag der in Anklageversetzung der Minister Schmerling und Mohl, so wie Aufhebung des Belagerungszustandes hier, von Schaffrath und Genossen zur Tagesordnung übergegangen werden möge. — Fuchs interpellirt das Ministerium in Folge des Gesetzes über die Centralgewalt und der daraus entspringenden Absendung von Gesandten an die verschiedenen außerdeutschen Staaten, mit Bezug auf die Ernennung des Abgeordneten von Auerswald als Gesandten nach St. Petersburg dahin: 1) Ist das Ministerium in diplomatischem Verkehre mit St. Petersburg; 2) und wenn dies nicht der Fall, welche Hindernisse dem Verkehr entgegenstehen. — Kerst aus Birnbaum frägt das Ministerium, **ob demselben eine amtliche Mittheilung zugegangen, daß der expolnische General Bem nach Wien berufen, und daselbst ein Kommando erhalten hat; 2) ob die Berufung vom Reichstage in Wien ausgegangen ist; 3) ob das Reichsministerium im Einklange damit ist, daß die Bewegung in Wien eine deutsche sei.** — Reichsminister Schmerling beantwortet die Interpellation von Franke und Reden über Störung der Schiffahrt von Schleswig-Holstein dahin, daß eine Beschwerde bei dem Ministerium darüber eingegangen, daß schleswigsche Schiffe angehalten und nach Dänemark aufgebracht wurden, um das Brandzeichen Dansk Eigendom zu erhalten. In Folge dieses ist dem Reichsgesandten in Kopenhagen die Weisung zugegangen, die dänische Regierung aufmerksam zu machen, daß es ein Eingriff gegen die Bestimmungen des abgeschlossenen Waffenstillstandes sei, und daß nach den Verordnungen der provisorischen Regierung vom 14. Juni, dieselbe ein Recht habe, dagegen Protest zu erheben. — Das Führen der deutschen Flagge kann den schleswigschen Schiffen nicht gestattet werden, bevor nicht entschieden ist, ob das Herzogthum zu Deutschland gehöre, daher ist in Uebereinstimmung mit England entschieden worden, daß eine neutrale Flagge geführt werde, welche zu schützen jene Macht versprochen. Es ist daher anzunehmen, daß die Erledigung in kürzester Zeit erfolgen werde. — Auch die Interpellation Mölling's wegen Anerkennung der provisorischen Centralgewalt, seitens der Einzelstaaten wird erwidert, daß die formelle Anerkennung von den verschiedenen Regierungen geschehen, wo die Mittheilung an die bestehenden Ständekammern gemacht worden, es handele sich aber um die praktische Anerkennung, welche wünschenswerther erscheinen muß, diese ist aber gleichfalls erfolgt, indem sämmtliche Staaten von den größten bis zu den kleinsten ihre Kontingente zu den mobilen Kolonnen gestellt haben, welche die Reichsgewalt zu organisiren für gut fand. Nach der Mittheilung des preußischen Bevollmächtigten hat Preußen sogar seine ganze Truppenmacht von 336,000 Mann als Reichstruppen erklärt, wenn dagegen Oesterreich nicht in so umfassender Weise seine Betheiligung ausgesprochen, so liegt das in den gegenwärtigen Verhältnissen. (!) — In Bezug auf den völkerrechtlichen Verkehr ist es bekannt, daß die nöthigen Verbindungen bei verschiedenen Staaten eingetreten und daß selbst bei der Pforte dies Verhältniß eintreten soll, um dadurch die nöthigen Consuln in die Donau-Fürstenthümer entsenden zu können, die bereits in betreffenden Personen bezeichnet sind. — Wenn der diplomatische Verkehr nicht in seinem ganzen Umfange eingetreten, so beruht die in dem provisorischen Zustande Deutschlands, weshalb zum Schutze deutscher Bürger noch das Gesandtschaftsrecht einzelner Staaten so lange aufrecht erhalten werden muß, bis die Organisation des gesammten Verkehrs besser stattgefunden. Hieraus möge also entnommen werden, daß dem Gesetze vom 28. Juni d. J. in Bezug der provisorischen Centralgewalt und ihrer Vertretung dem Auslande gegenüber erledigt ist, volle Anerkennung gefunden hat. — Wenn es jedoch hin und wieder nicht stattgefunden, so ist das mehr von einzelnen Kammerfractionen ausgegangen als von Regierungen. (Bravo rechts.) **Die Anzeige über Anstellung des Generals Bems in Wien ist allerdings nicht amtlich angezeigt worden, ob aber die Bekanntmachung seitens des Oberkommandos der Nationalgarde als eine solche zu betrachten sei, muß der Begutachtung der hohen Versammlung überlassen werden.** — Handelsminister Dukwitz giebt seine Erklärung auf die Interpellation Redens, wegen der nach dem 31. Dec. d. J. stattzufindenden Zolleinigung dahin ab, daß nach dem getroffenen Uebereinkommen der Zollverein so lange fortbestehen soll, bis die Organisation der neu eingetretenen Verhältnisse von Frankfurt aus geschehen ist. Den übrigen in der Frage aufgeführten Punkten ist jedoch keine besondere Würdigung beizulegen, da dieselbe nur ein untergeordnetes Interesse haben. — Francke aus Schleswig ist mit der erhaltenen Antwort zufrieden, stellt aber den Antrag, daß die Flagge für Holstein dieselbe sein müsse, wie für Schleswig. Wird an den Marineausschuß verwiesen. Finanzminister Beckerath giebt auf die von Mayfeld gestellte Interpellation wegen Nichtbewilligung der Portofreiheit Seitens der badenschen Regierung an die Abgeordneten der National-Versammlung folgende Erklärung: die badische Ständekammer hat unterm 28. December 1831 ein Gesetz erlassen, welches die Portofreiheit durchaus aufhebt, dieselbe selbst dem Regenten nicht gewährt, mithin das Ministerium nicht gesonnen ist, auf legislativem Wege eine Aenderung des Beschlusses für die Abgeordneten der Versammlung herbeizuführen, dadurch aber auch keineswegs die deutsche Einheit von der bad. Regierung gefährdet wird. (Heiterkeit.) — Hierauf wird der Voranschlag des Ministeriums über den Bedarf der Summen, welche die National-Versammlung, die Centralgewalt und die Bundesmacht für den Zeitraum vom 1. September bis ultimo Dezember d. J. gebrauchen dürfte, vorgelegt. Derselbe umfaßt die Summe von 10,468,766 Fl., wovon das Kabinet des Reichsverwesers 3813 Fl. verbraucht, die Wohnung desselben 5866 Fl. Die National-Versammlung 25,000 Fl. monatlich, worin ein außerordentlicher Posten von 18,000 Fl. für den Fünfziger-Ausschuß begriffen. Das Reichsministerium 11,119 Fl. Das Ministerium des Auswärtigen 17,640 Fl. Für Gesandtschaften 100,000 Fl. Das Ministerium des Innern in der Gesammtheit 335,293 Fl. Für Justiz 23,910 Fl. Handelsministerium 21,660 Fl. Kriegsministerium 2,081,136 Fl. Die Marine 5,523,000 Fl. Das Finanzministerium 6176 Fl. — Zusammen also die oben angeführte Summe. Die Einnahmen betragen über 8,493,166 Fl. rhein., sind noch zu decken 975,600 Fl. Dieser Bericht wird gedruckt werden und dem Ausschuß für Finanzen zur Begutachtung überwiesen. —

Jucho von Frankfurt ist mit der Auskunft des Ministeriums nicht zufrieden, auf seine gestellte Frage, da er dieselbe nicht beantwortet glaubt und verlangt Angabe eines anderweitigen Termines der Beantwortung, andernfalls behält er sich vor, einen neuen Antrag zu stellen. — Reichsminister Schmerling glaubt jene Frage insoweit beantwortet zu haben, als es nach der Lage der Sache möglich gewesen. — Sellwer aus Landsberg a./W. verlangt Aenderung der Tagesordnung dahin, daß der zweite Gegenstand zuerst und der erste zuletzt zur Berathung kommen möge, dem Verlangen wird jedoch nicht Folge gegeben. Vice-Präsident Simson übernimmt den Vorsitz und verliest den Ausschußbericht über die österreichisch-slavische Frage, über die Anträge von Venedey und Nauwerk, welcher dahin lautet, daß die Majorität des Ausschusses verlangt, die National-Versammlung möge beschließen: **1) die von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland verfügte Abordnung von Commissarien nach Wien — in welcher die National-Versammlung sowohl ein Mittel zu Abwehr des Bürgerkrieges, zur Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung, als auch gleichzeitig eine Gewähr der Sicherung der Interessen Deutschlands wahrnimmt, gut zu heißen. 2) Das Reichsministerium aufzufordern, nach Maßgabe der von den Commissären eingehenden Berichten, sogleich die weiter erforderlichen Schritte zu thun, insbesondere aber mit aller Entschiedenheit jede zum Schutze etwa in Frage gestellten Interessen Deutschlands nothwendige Maßregel zu ergreifen und über dieselbe der National-Versammlung Mittheilung zu machen.** Die Minorität dagegen verlangt: **1) Das Reichsministerium sei aufzufordern, bei den gegenwärtig eingetretenen Zuständen in Oesterreich alle hier in Frage gestellten Interessen Deutschlands in Schutz zu nehmen und sie mit allen Kräften Deutschlands zu unterstützen. 2) Das Reichsministerium aufzufordern, Sorge zu tragen, daß alle in deutsch-österreichischen Landen befindlichen Truppen nur den verfassungsmäßigen und gesetzlich verantwortlichen Organen zur Verfügung stehen. 3) Das Reichsministerium aufzufordern, die Ausführung und Verwirklichung dieser Beschlüsse unmittelbar den von der Centralgewalt abgesandten Commissarien zu übertragen.** — Ueber diesen Gegenstand ergreift zuerst das Wort Reitter von Prag, welcher zunächst untersucht, ob die in Wien ausgebrochene Bewegung eine demokratische oder nationale sei, und nach Beleuchtung der verschiedenen Thatsachen, dahin gelangt, zu zeigen, daß es nur eine nationale Sache ist, die von den Wienern vertheidigt wird, und es eine **Schmach und Schande wäre, die Hülfe Rußlands in Anspruch zu nehmen.** (Unruhe und Ordnungsruf des Präsidenten, daß es Niemanden in der Versammlung einfallen würde, eine solche zu verlangen.) Der Redner vertheidigt sich dadurch, daß man alsdann die **Frankfurter Oberpostamts-Zeitung besser überwachen möge, indem dergleichen Artikel in diesem als offiziell zu betrachtenden Organ erschienen.** (Aufregung.) Mayfeld aus Wien stützt sich darauf, daß nach dem Ausspruche des Ministers Doblhoff die Politik nicht mehr auf den Ministerbänken gemacht werde, sondern durch den Weltgeist und findet daher, daß die Bewegung entschieden deutsch und dem Slaventhum entgegen ist, weshalb er für das Majoritätsgutachten sich ausspricht, zu welchem jedoch noch der zweite Punkt des Minoritätsgutachtens hinzugefügt werden möge, mit der Aenderung, daß statt des Ausdrucks „Sorge dafür zu tragen," gesetzt werde, „sogleich Verfügung zu treffen." Berger von Wien bezieht sich auf den Ausspruch des Ministeriums, wonach dasselbe der Anarchie so wie der Reaktion gleichmäßig entgegen treten wolle und findet, daß dieser Grundsatz nicht streng eingehalten würde, da man auf der einen Seite mit Kartätschen antwortet, wo man auf der andern nur Kommissäre verwende, die erst in München Schulstudien machen und dann von Passau aus ihre Erklärung an das Wiener Volk erlassen. Bei näherer Beleuchtung der verschiedenen Ereignisse und Thatsachen in Wien und Ungarn zeigt der Redner, wie sehr die Reaktion sich bemüht habe, die Errungenschaften des Wiener Volkes zu beeinträchtigen, weshalb er verlangt, daß dem Wesen der Camarilla entgegen getreten werde. — Sommaruga aus Wien ist für den Majoritäts-Antrag des Ausschußberichtes und versucht das Verfahren Jellachichs „des Führers der kaiserlichen Partei" in günstigem Lichte darzustellen, weil dadurch der Anarchie entgegen getreten wird. — Schmidt aus Löwenberg ist gegen die beiden Anträge der Ausschußkommission und verlangt eben so ein ruhiges Zusehen der Entwickelung in den Verhältnissen Wiens, wie dasselbe vorher bei den Ereignissen in Ungarn stattgefunden. — Vincke von Hagen beleuchtet die verschiedenen Aussprüche einiger Redner und kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Bewegung in Wien keine demokratische wäre, die sogar in Anarchie umgeschlagen sei, da der Mörder des Ministers Latour in der Aula öffentlich sich habe seiner That rühmen können, ohne Einspruch zu erfahren. Deshalb kann der Redner nur für das Majoritätsgutachten sich erklären und für das Ministerium ein unbedingtes Vertrauensvotum verlangen. — Vogt aus Gießen kann sich mit dem Schlusse des vorhergehenden Redners nicht einverstanden erklären und will es versuchen, dessen Ansicht zu widerlegen, obgleich er in Rücksicht der ernsten Verhältnisse Oesterreichs sich nicht veranlaßt fühlen könne, darüber Witze zu machen. Beifall links.) Bei Aufzählung der verschiedenen Erlasse des Reichsministeriums wird gefunden, daß dasselbe nur Gesetze im Geiste des alten Polizeistaates gegeben, somit keine Aenderung der früheren Zustände herbeigeführt hat. Die Zustände Wiens sind aber aus der Anarchie zur Ordnung übergegangen und es ist Pflicht des Ministeriums, dieser Bewegung die hülfreiche Hand zu reichen, damit dieselbe nicht demokratischer werde, aber dafür habe das Ministerium kein Gehör, sondern es schicke lieber Kommissäre, die nichts thun. **Wie kann aber gerechtfertigt werden, wenn russische Noten mit einem Einmarsch in Galizien drohen, wenn die Ungarn nicht die deutsche Erde verlassen.** (Pfui! Pfui!) Es möge daher dafür Sorge getragen werden, daß auch **nicht die Kirchhofsruhe in Oesterreich eintreten kann.** (Anhaltender Applaus.) Gegen den geforderten Schluß spricht Bassermann aus Mannheim, da er gefunden haben will, daß nicht immer ein Wechsel der Redner für und gegen den Ausschußantrag in gehöriger Reihenfolge stattgefunden hat, und verlangt daher Fortsetzung der Debatte. Der Schluß ward verworfen. — Eisenmann aus Würzburg erhält das Wort, um zu Gunsten seines Antrages ein Ausscheiden der nichtdeutschen Deputirten für nichtdeutsche Theile des Reichstages in Wien zu bewirken, damit ein echt deutscher Reichstag daselbst stattfinde. Dieses kann nur dadurch erreicht werden, indem den abgesandten Kommissarien der Centralgewalt aufgegeben werde, dafür zu sorgen, daß die Ruhe und Ordnung dadurch herbeizuführen, daß der Anschluß der deutschen Provinzen Oesterreichs an Deutschland ausgesprochen werde. — Venedey aus Köln bedauert, daß der Gang der Debatte die Frage zu einer Partei- oder Ministerialfrage gemacht habe, da dieselbe doch nur ein rein nationaler Gegenstand ist. Er ist für das Bündniß mit Ungarn, um nicht denselben Fehler zu begehen, wie es in der Polenangelegenheit geschehen, und dadurch Völker von den deutschen Interessen zu entfernen. Es soll die Frage keine ministerielle werden, aber dennoch muß von der Nationalversammlung gesorgt werden, daß den Versäumnissen des Ministeriums nachgeholfen werde, weshallb das Minoritätsgutachten zur Annahme empfohlen werden muß. Um Ruhe und Ordnung herbeizuführen, muß man aber zunächst die Freiheit und Einheit wahren und kann die Erledigung des Gegenstandes nicht von dem Willen der Kamarilla abhängig machen. Die Versammlung allein handhabt die Ruhe und Ordnung, dies muß jedoch im Geiste der Revolution geschehen, damit Recht, Gesetz, Freiheit, Einheit gerettet werden. (Bravo!) — Bassermann aus Mannheim wünscht zunächst das Verhältniß der Oberpostamts-Zeitung zum Ministerium zu erklären, da der nichtamtliche Theil derselben in keinem Zusammenhange mit den ministeriellen Ansichten stehe. Auf den Gegenstand der Sache eingehend, thut es zur näheren Berichtigung nichts, ob die Bewegung eine slavische oder deutsche, eine kroatische oder ungarische, eine demokratische oder die einer Kamarilla sei, da das eigentlich nichts sagen will. Die Majorität, worunter die Kroaten zu verstehen sind, hat ein Recht, sich nicht länger unterdrücken zu lassen, wie das die Magyaren bisher gethan haben, woraus also der Kampf, der ein Kampf der Freiheit genannt werden könne, hervorgegangen ist, und die Vermittelung ist nur zur Herstellung der Ruhe eingetreten. Die Sympathien der Ungarn für Deutschland sind aber abzuweisen, da es nur den Bruderkrieg begünstigt. Die Bewegung Wiens ist aber keine deutsche zu nennen, da Gräuel begangen wurden, die die deutschen Interessen gefährden und die bestehende Ordnung in Anarchie verwandeln, sondern es muß vielmehr das Ganze als ein verbrecherisches Unternehmen bezeichnet werden, zumal die Veranlassung dazu durch die Weigerung des Gehorsams von einem Bataillon Truppen ausging. Eine glorreiche Bewegung ist das Ereigniß nicht zu nennen, wenn auch Rußland, Ungarn, Frankreich und Piemont sich darüber freuen, um aus diesen Zerwürfnissen Vortheile zu ziehen. Um aber stark nach außen zu sein, muß man die Ruhe im Innern durch Polizei herstellen! *) (Bravo.) Der geforderte Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen und Schilling aus Wien erhält das Wort, um sich gegen den Angriff Sommarugas zu rechtfertigen, als habe er hinter den Coulissen des Ministeriums gelauscht, was nur dahin zu erläutern ist, daß er im Auftrage des konstitutionellen Ministers Hornbostl zur Wahrung der Ehre Deutschlands gehandelt habe und sich dort befand. Sommaruga erhält das Wort und giebt eine Erklärung, daß er bei solchem Ausspruch Niemand persönlich habe bezeichnen wollen. — Schubert aus Königsberg als Berichterstatter des Ausschusses ist mit der Ansicht Venedeys, des Leiters des Minoritätsausschusses, einverstanden, daß der Gegenstand als eine nationale Angelegenheit zu betrachten sei, demselben aber auch durch das Gutachten der Majorität vollkommen Genüge geleistet werde, da den Kommissarien die Vollmacht geworden, je nach den Umständen mit aller Entschiedenheit handeln zu dürfen, zumal keine offiziellen Berichte über die gegenwärtige Sachlage vorhanden, sondern das erst von den Kommissarien zu erstatten ist. — Durch mehrfach ausgesprochenen Wunsch nach Schluß entsteht solche Unruhe, daß der Redner nur schwer zu verstehen ist. Bei der erfolgten namentlichen Abstimmung wurde das Majoritätsgutachten mit 250 gegen 166 Stimmen angenommen, dagegen die Zusätze von Mayfeld und Eisenmann verworfen. (Schluß 3¾ Uhr.)

*) Siehe Kühlwetter!

Frankfurt, 22. Oktober. [Amtliches.] Der Reichsverweser hat heute Mittag dem königl. schwedischen Generallieutenant von Mansbach eine besondere Audienz ertheilt, und aus dessen Händen ein Schreiben Sr. Majestät des Königs von Schweden und Norwegen entgegengenommen. Dieses königl. Schreiben, welches hierher durch den genannten Generallieutenant in der Eigenschaft eines Gesandten in besonderer Sendung überbracht wurde, beantwortet in verbindlichster Weise die seiner Zeit durch den Gesandten Welcker nach Schweden beförderte amtliche Benachrichtigung wegen der Errichtung der provisorischen Centralgewalt.

(O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, 22. Okt. [Zustände.] Es fühlen hier wohl alle Parteien, daß uns nothwendig schon die nahe Zukunft eine Entscheidung der allgemeinen inneren Angelegenheiten Deutschlands zuführen muß. Jede Partei rüstet und reift sich in ihrer Weise, und es wird sich am Ende zeigen, welche die weiteraussehende war. Welcher Partei man aber auch immer angehöre, wenn man das jetzige Frankfurt genauer hat kennen lernen, so wird man nicht zweifeln, daß die deutsche Reichsversammlung mit ihren Vertretern aus allen deutschen Gauen es zur wahren Hauptstadt unseres Vaterlandes macht. Einen tiefen Eindruck brachte vor einigen Tagen die Rede des trefflichen Hagen aus Heidelberg hervor, worin derselbe nachwies, wie Deutschland zuletzt unabweislich nach seinen Volksstämmen in Kreise getheilt werden müsse. Mit großer Freude hörte man auch ehegestern Reitter aus Prag über den zweiten Artikel „vom Reiche" sprechen. Daß uns das wegen des Tschechenthums so sehr verrufene Prag einen so urdeutschen tüchtigen talentvollen Vertreter und noch dazu in der Person eines k. k. Beamten senden werde, hätten wohl die kühnsten Wünsche nicht erwartet. Ja, Böhmen ist uns wahrlich noch nicht verloren und wird uns nicht verloren gehen! — Die Berathungen über die Gesetze von der Reichsgewalt werden wahrscheinlich einen raschen Fortgang nehmen, und man hält nicht für unmöglich, daß dabei in Bälde ein zweiter „kühner Griff" gethan werde. — Für die heilsame Förderung der deutschen Dinge ist es ein wahres Mißgeschick, daß die Reichsgewalt noch so wenig tüchtige Männer von entschiedenem ausgebildeten Charakter zu ihren Beamteten ausgefunden hat. Die meisten so weit Angestellten sind ganz unbedeutende, auf Empfehlung auserwählte. Obwohl nun der unlästige Belagerungszustand Frankfurts aufgehoben ist, dauern doch die militairischen Vorsichtsmaßregeln unnachlässig fort. Vor allen Thoren sind zum Winter Holzschuppen für die starken Abtheilungen der Reiterei erbaut, welche dabei neben der Wache des Fußvolkes, zumal Nachts, ausgestellt bleiben. Für letzteres ist man gegenwärtig im Begriff, Kasernen einzurichten. Die verschiedenen deutschen Truppen vertragen sich untereinander außerordentlich gut, und den Bürgern sind besonders die Preußen wegen ihres musterhaften Betragens, ihres stattlichen Aussehens und ihrer vollendeten militärischen Uebung lieb geworden. Man überhäuft sie mit Wohlwollen, und der frühere unbegründete Haß, welchen man ihnen vergüten will, trägt wohl viel mit dazu bei. — Wie bedenklich auch noch in der That alle unsere Zustände sind, hier in Frankfurt scheinen sie vielleicht weniger als anderwärts so, weil der Wohlstand Jedermann getrost macht und sogar das Düsterste etwas rosenroth anstreicht. Dazu hilft auch das rege politische Leben des Parlaments und seiner unzähligen Anhänger, welches vor Geschäften und Thätigkeit nicht dazu kommen läßt, trostlose oder trübe Gedanken zu nähren.

(Leip. Ztg.)

Frankfurt a. M., 19. Oktbr. [Der deutsche Volksschullehrer-Congreß] hat heute seine Berathungen geschlossen. Es waren im Ganzen mehr als 7000 Volksschullehrer durch gewählte Abgeordnete und Gäste vertreten, und die Beschlüsse würden schon deshalb als treuer Ausdruck der deutschen Lehrerwelt gelten und grundlegende Gedanken für die Schulgesetzge-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 252 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 27. Oktober 1848.

(Fortsetzung.)

bung bieten, wenn sie auch nicht sich in ganz Deutschland wiederholten. Ziel der Volksschule, sagte man, sei allgemeine Menschen- und Bürgerbildung. Dieser Zweck der Volkserziehung werde nur erreicht in Beziehung auf die in religiös-sittlicher Bildung, durch einen allgemeinen Religionsunterricht. Die intellectuelle Bildung muß aus einem den Menschengeist nach allen Richtnngen entwickelnden Unterrichte, vor Allem in der Muttersprache, den Realien, der Zahl- und Raumlehre und den nöthigen Fertigkeiten hervorgehen. Eine größere Berücksichtigung des poetisch-nationalen Elements in Lied, Sage und Märchen und in den Schätzen der deutschen Literatur, sowie des Volksgesangs beim Jugendunterrichte würde das volksthümliche Gemüthsleben bilden, Leibes- und Turnübungen aber, verbunden mit den nöthigen Vorübungen für den Waffenunterricht der körperlichen Ausbildung und Gesundheitspflege dienen. Man wollte namentlich auch der deutschen Geschichte, der Lehre von den Rechten und Pflichten eines Staatsbürgers, der Gewerbs-, Natur- und Menschenkunde eine weit größere Berücksichtigung gewährt wissen. Man sprach sich aber einstimmig dafür aus, daß die niedere Volksschule diese Zwecke nicht allein erreichen könne, sondern daß öffentliche Fortbildungsschulen in Stadt und Land, zu deren Besuch die Jugend vom 14. bis zum 17. Jahre zu verpflichten sei, errichtet, Kindergärten (Kleinkinderschulen), Vorschulen für noch nicht schulpflichtige Kinder überall da begründet werden müßten, wo das Bedürfniß vorhanden sei. Nicht minder einstimmig war man darüber, daß die künftige Volksschule als Staatsanstalt nicht mehr Confessions-Schule bleiben, sondern überall Kommunalschule werden müsse. Ein zweiter Hauptpunkt betraf die Lehrer-Bildung. Man stellte zwar den Satz aus den Grundrechten an die Spitze, daß jeder Lehrer sich für seinen Beruf vorbilden könne, wie und wo er wolle, verlangte aber von dem Staate, daß er in weit umfassenderer Weise dem Lehrer Gelegenheit zu tüchtiger Durchbildung gebe. Es sollen deshalb künftig die Real-, polytechnischen oder Gymnasialschulen so eingerichtet werden, daß der Lehrer auf einer derselben seine Vorbildung für die höhere Ausbildung erhalten könne; diese Ausbildung selbst aber solle nicht wie zeither auf Seminarien, sondern auf Universitäten geschehen, auf jeder Landesuniversität ein Lehrstuhl der Pädagogik eröffnet und Musterschulen aller Art (natürlich unter Leitung der tüchtigsten praktischen Lehrer) damit verbunden werden. Auch müsse sich an der Universität ein Kindergarten mit einer Anstalt zur Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen kleiner Kinder befinden. Die Lehrer als Staatsdiener sollen künftig im Verhältnisse zu den übrigen Staatsdienerbesoldungen ein dem Dienstalter, der Leistung (Fähigkeit und Berufstreue) und der Oertlichkeit angemessenes Gehalt beziehen. In derselben Eigenschaft hat der Lehrer alle dem Staatsdiener zukommenden Pflichten und Rechte. In Beziehung auf die Btaufsichtigung der Lehrer concurrirt die Orts-Gemeinde durch den Volksschulrath, den (die Lehrer ausgenommen, welche in angemessener Anzahl ständige Mitglieder sind) die Gemeinde wählt; über diesen stehen die Bezirksschulräthe (und in größern Ländern Kreis-Schulräthe), so wie die Landesschulräthe, welche dem Ministerium der öffentlichen Volkserziehung beigeordnet sind. — Dies waren die hauptsächlichsten grundlegenden Beschlüsse des Kongresses. Die Nothwendigkeit des festen Aneinanderschlusses aller deutschen Lehrer ward allgemein anerkannt, und auch der hier vertretene Theil Deutschlands wird sofort dem zu Eisenach für dieses Jahr erwählten Vororte Dresden sich anschließen und die künftiges Jahr stattfindende zweite allgemeine deutsche Lehrerversammlung zu Nürnberg zahlreich beschicken. Höchst nachahmungswerth erschien besonders die Rührigkeit und Organisation der badischen Lehrer, an welcher der Redakteur des badischen Volksschulblattes, Vicepräsident Stay, sowie der badische Lehrerausschuß, großen Antheil haben. Sie haben bereits eine bedeutende Lehrercentralkasse und stehen im Begriff, ein politisches Blatt für Lehrer zu gründen. Wie viel übrigens diese Lehrerversammlungen selbst zur Verbrüderung und Begeisterung des Lehrerstandes und zur Verbreitung richtiger Grundsätze der Volkserziehung beitragen, dafür war auch wieder dieser Frankfurter Volksschullehrercongreß ein lebender, allen Theilnehmern unvergeßlicher Beweis. — Die von Eisenach abgesendete Deputation, welche heute früh die von der dortigen Lehrerversammlung abgefaßten Beschlüsse dem Präsidenten der Nationalversammlung v. Gagern übergab, hat die besten Hoffnungen für die Berücksichtigung der Anträge zurückgebracht. Uebrigens besuchte auch eine Anzahl Abgeordneter der Nationalversammlung den Lehrercongreß und betheiligte sich zum Theil sehr lebhaft an der Debatte. (D. A. Z.)

Mannheim, 21. Okt. Wie in Alzei, so sind auch in Worms wegen Steuerverweigerung Unruhen ausgebrochen. Es sind deßhalb bereits Reichstruppen dorthin beordert worden.

Schleswig, 23. Oktober. Die Proklamationen resp. des Reichs-Kommissarius Stedmann und der neuen, so wie der provisorischen Regierung, alle drei von gestern datirt, sind an allen Straßenecken angeklebt und werden von zahlreichen Gruppen mit Begierde gelesen. Die erstere derselben lautet:

„**An die Einwohner der Herzogthümer Schleswig-Holstein.** In Folge einer von Sr. kaiserl. Hoh. dem Erzherzog Reichsverweser ausgestellten Vollmacht hat die königl. preußische Regierung in Vertretung der deutschen Centralgewalt unter dem 26. August einen Waffenstillstands-Vertrag auf sieben Monate mit der königl. dänischen Regierung geschlossen und die deutsche Nationalversammlung hat denselben genehmigt. Die deutsche Centralgewalt hat in Ausübung des ihr nach Art. 8. des Waffenstillstands-Vertrags zustehenden Rechtes mich zum Reichskommissarius ernannt, um von deutscher Seite vermittelnd über die Ausführung der Waffenstillstands-Bedingungen und über die unparteiische Anwendung der Gesetze zu Gunsten der deutschen, so wie der dänischen Bevölkerung zu wachen. Nach erfolgter Anerkennung der deutschen Centralgewalt durch die Krone Dänemark hat die königl. preußische Regierung mir diese Angelegenheit übergeben und die königl. dänische Regierung mich durch den Ihrerseits ernannten Kommissarius, Kammerherrn Holger Christian v. Reedtz anerkennen lassen. Ich habe dieses Amt schon seit dem 20. v. M. angetreten, um die für die Herzogthümer Schleswig-Holstein wünschenswerthen, von der Nationalversammlung vorbehaltenen Veränderungen des Vertrags herbeiführen zu helfen und gedenke die bezeichneten Dienste getreu zu leisten, so lange die Regierung Sr. kaiserl. Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers oder meine Pflicht als Mitglied der deutschen Nationalversammlung mich nicht zurückruft. Ich habe heute in Gemeinschaft mit dem genannten königl. dänischen Kommissarius, in der Person des Hrn. Grafen Theodor Reventlow, als Vorsitzender, Johann Friedrich Boysen, Josias Friedrich Ernst Baron v. Heintze, Adolph Bernhard Wilhelm Erdmann v. Moltke, Alexander Friedrich Wilhelm Preusser als Mitglieder die neue gemeinsame Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein vertragsmäßig eingesetzt. Wenn ich meinerseits meine Pflicht zu erfüllen vermeine, so erwarte ich auch mit Bestimmtheit, daß die biederen Bewohner der Herzogthümer, welche so viele Beweise ihres Rechtsinnes, ihrer Bürgertugend und Vaterlandsliebe gegeben haben, ihre Pflicht darin finden werden, der neuen gemeinsamen Regierung der Herzogthümer, welche im Namen Sr. Maj. des Königs von Dänemark in Seiner Eigenschaft als Herzog von Schleswig-Holstein, ihr Amt verwalten wird, mit Vertrauen entgegen zu kommen und willigen Gehorsam zu leisten. Die würdige, ruhige, gesetzliche Haltung der Bevölkerung wird einen dem Lande günstigen Friedensschluß wesentlich erleichtern. Den Erlassen der drei Männer Moltke, Johannsen, Hansen, welche in Sonderburg den 8. v. M. sich als Mitglieder einer Immediat-Kommission angekündigt haben, ist keine Folge zu leisten. Schleswig, den 22. Oktober 1848. Stedmann, Reichs-Kommissarius.

Kiel, 22. Oktober. Die Inspektion der hiesigen aus vier Kanonenböten bestehenden Marine durch die Reichskommissäre Teichert und Möhring fand vorgestern statt. Der herrschende Wind gab Gelegenheit, zugleich die Tüchtigkeit der Schiffe im Segeln zu beweisen. Es fand auch Anerkennung, daß die Seemannschaft bereits gut eingeübt war. Die Vortrefflichkeit des Kieler Hafens scheint auf die Kommissäre besonderen Eindruck gemacht zu haben. Man hört, daß der Bau noch mehrerer Kanonenböte und zweier größeren Schiffe verfügt ist.

Oesterreich.

*** **Breslau**, 26. Okt. Nachmittags 4 Uhr. Der so eben rechtzeitig eintreffende österreichische Postzug bringt die bereits gestern fällig gewesenen Briefe und Zeitungen. Erstere sind vom 23., letztere vom 24. datirt und können daher keinerlei Nachrichten vom Kampfe, welcher erst den 24. Mittags begonnen hat, bringen. — Vermuthlich sucht man uns Seitens der kaiserlichen Truppen jedweder Mittheilung über den Zustand der Dinge abzuschneiden, ja diese Vermuthung steigert sich zur Gewißheit, da selbst im Reichstage ernste Beschwerde über Plünderung der Post und Hemmung des brieflichen Verkehrs erhoben worden ist. — Ein ungarischer Geistlicher, welcher gestern Morgen Preßburg verlassen und mit dem gewöhnlichen Nachttrain seine Reise hierher gemacht hat, erzählt uns Folgendes. Die Feldherren Windischgrätz, Auersperg und Jellachich beschießen seit dem 24. Nachmittags, die Stadt abwechselnd mit grobem Geschütz. Nur während der Nacht zum 25. wurde das Feuern ausgesetzt. Gestern (am 25.) dauerte das Bombardement den ganzen Tag hindurch anhaltend fort und hatte noch nicht aufgehört, als der Zug von Gänserndorf abging. Die Bevölkerung von Wien ist fest entschlossen, sich eher unter den Mauern der Stadt begraben zu lassen, als sich der Gnade eines Windischgrätz oder Jellachich zu übergeben. Leider soll die Stadt nur noch für fünf Tage Lebensmittel besitzen. Die Ungarn stehen, 50,000 Mann stark, bei Schwechat; Kossuth folgt mit dem Landsturme nach. Sie alle brennen vor Verlangen, den Jellachich zu vernichten und das heldenmüthige Wien zu entsetzen. Schon heute müssen dieselben angegriffen haben.

Die Details, welche der Reisende anführte, stimmen mit den uns bereits gestern gewordenen mündlichen Mittheilungen über den Beginn der blutigen Katastrophe ziemlich überein. Den Wienern soll es durchaus an tüchtigen Kanonieren mangeln, dagegen die ungarische Artillerie aufs Beste bedient werden. Auf seiner Weiterreise hierher will der genannte Geistliche zwei Regimentern regelmäßiger Truppen begegnet sein, welche aus Böhmen kamen und zu Windischgrätz stoßen sollten. Auch die Ungarn haben sich durch 500 Italiener vom Regiment Wasa und eine Schaar von dem des Fürsten Ceccopiere verstärkt.

Wir lassen nun die Berichte über die Vorfälle in und um Wien, welche dem Bombardement vorangingen, nachstehend folgen:

S **Wien**, 23. Oktbr. [Aus der Vormittags-Sitzung des Reichstages, 11 Uhr.] Schuselka: An die „lieben Landsleute aus Tyrol und Voralberg" ist eine Proklamation des ständischen Landtags-Ausschusses erlassen, worin die Unfreiheit der Berathungen des Reichstages erklärt und der Landtag eigenmächtig, ohne Vermittelung des Ministeriums, einberufen wird. Im Einverständniß mit dem Antrage des Ausschusses beschließt die Kammer (198 Mitglieder): das Ministerium aufzufordern, jene eigenmächtige Berufung für ungesetzlich und unstatthaft zu erklären. — Podlewski beantragt die Aufforderung an die Minister Wessenberg und Kraus, den Fürsten Windischgrätz zu bedeuten, daß er sich der Störung des Postenlaufs und Verletzung des Briefgeheimnisses bei schwerster Verantwortlichkeit zu enthalten habe. Umlauft will ein „strenges Verbot" ausgesprochen, Goldmark die Aufforderung nur an den Minister Kraus gerichtet haben, weil er dem Minister Wessenberg jedes Vertrauen entziehen müsse, welchen Antrag Borrosch als ganz unkonstitutionell bezeichnet, mit dem Wunsche, ohne Beweis nicht gegen den Fürsten vorzugehen, sondern zuvor eine strenge Untersuchung des Schuldigen einzuleiten. Schuselka schließt sich aus praktischer Rücksicht Goldmark an. Schleunigkeit sei Noth. Man wisse ja nicht, ob die Aufforderung nach Olmütz gelangen werde. Pillersdorf erklärt — unter den Beifallsbezeugungen der ganzen Kammer — daß er dem Mißtrauensvotum Goldmarks gegen den Minister Wessenberg, der seine Signatur zu den bedauerns- und beklagenswerthen kaiserl. Erlassen gegeben, vollkommen beitrete.

* Wir haben in der gestrigen Zeitung drei Proklamationen mitgetheilt, welche von den gesetzlichen Autoritäten in Wien auf ein Manifest des Fürsten Windischgrätz als Antwort erlassen wurden, nämlich eine Proklamation bes Reichstags, des Ober-Kommandos der Waffenmacht und eine des Gemeinderaths in Wien. Heute kommt uns nun das fragliche Manifest, welches jene Antworten hervorrief, wörtlich zu; es lautet:

An die Bewohner Wiens!

Von Sr. Majestät dem Kaiser beauftragt, und mit allen Vollmachten ausgerüstet, um dem in Wien dermalen herrschenden gesetzlosen Zustande ohne Zeitverlust ein Ziel zu setzen, rechne ich auf den aufrichtigsten und kräftigen Beistand aller wohlgesinnten Einwohner. — Bewohner Wiens! Eure Stadt ist befleckt worden durch Gräuelthaten, welche die Brust eines jeden Ehrenmannes mit Entsetzen erfüllen. Sie ist noch in diesem Augenblicke in der Gewalt einer kleinen, aber verwegenen, vor keiner Schandthat zurückschaudernden Faktion. Euer Leben, Euer Eigenthum ist preisgegeben der Willkür einer Handvoll Verbrecher. Ermannt Euch, folgt dem Rufe der Pflicht und der Vernunft! Ihr werdet in mir den Willen und die Kraft finden, Euch aus ihrer Gewalt zu befreien und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. — Um diesen Zweck zu erreichen, **werden hiermit die Stadt, die Vorstädte und ihre Umgebung in Belagerungszustand erklärt, sämmtliche Civil-Behörden unter die Militär-Autorität gestellt, und gegen die Uebertreter meiner Verfügungen das Standrecht verkündigt.** — Alle Wohlgesinnten mögen sich beruhigen. Die Sicherheit der Personen und des Eigenthums zu schirmen, wird meine vorzügliche Sorge sein. Dagegen aber werden die Widerspenstigen der ganzen Strenge der Militärgesetze verfallen.

Lundenburg, den 20. Oktober 1848.

Fürst zu Windischgrätz,
Feldmarschall.

[Lage der Dinge zu Wien am 22. und 23. Oktober.] Sonntag den 22. Oktober. Ruhig verstrich der heutige Sonntag, das Militär hat die Ordnung nicht gestört, die beiden Proklamationen des Kaisers, die vom 16. und die vom 19. bildeten den

Gegenstand des Gespräches. Gegen erstere sollen die Deputationen von Wien und Prag, welche in Olmütz zusammengetroffen waren, protestirt, Kraus, der einzige Minister, der seinen Posten treu auch im Sturm behauptet und unermüdlich für die Versöhnung gearbeitet hat, Kraus soll erklärt haben, lieber abzutreten als das Manifest vom 16. zu veröffentlichen. In Folge dieses vernünftigen Widerstandes sei das Dokument vom 16. zurückgezogen worden, scheint aber doch schon in einige indiskrete Hände gelangt zu sein, welche die Gelegenheit ergriffen in der Armee den Haß gegen die Bürger gewissermaßen gesetzlich zu machen und in einer Druckerei zu Wiener Neustadt das Manifest vervielfältigen, es auch in unzähligen Exemplaren auf dem Lande vertheilen ließen. *) — Abends wurde die Proklamation des Windischgrätz bekannt und steigerte den Unmuth der Bevölkerung zur wahren Wuth. Wahrscheinlich war dies die Absicht des Fürsten. Bis jetzt ist seitdem der Zeughauskampf vorüber, alles in Wien auf so gesetzlichem Boden verhandelt und betrieben worden, daß irgend ein Vorwand fehlt, hier einzuschreiten, daß jeder Angriff, jede Erklärung vom Belagerungszustand, Standrecht u. dgl. durch militärische Gewalt eine Verletzung der Verfassung wäre, daß alles, was bisher außer der Stadt vorgenommen worden ist, die Cernirung der Stadt, die Beraubung und Zurückhaltung der Post, Abschneiden der Lebensmittel als strafwürdige verbrecherische Handlungen erscheinen, gegen die sich auf eine odere die andere Weise zu vertheidigen bereits Sache der Nothwehr geworden ist.

Montag, 23. Oktbr., Morgens. Gestern sah man zwischen dem Währinger Spitz und Sievring auf der Sievringer Straße eine halbe Eskadron Kavallerievorposten; beim Sievringer Bach gegen Döbling ungefähr 20 Mann Infanterie. — Bei der Spinnerin am Kreuz rechts und links derselben dehnen sich die Verschanzungen immer mehr und mehr aus und jetzt wird noch immer sehr thätig daran gearbeitet. Der übrige Stand der Dinge ist im Auersperg'schen Lager, wie früher.

11 ¼ Uhr. Auf der Fischamenter Straße steigt so eben viel Rauch auf. Auf dieses wird vom Stephansthurme signalisirt. Sind es die Ungarn, welche ankommen, so sind wir gerettet.

Bei der Nußdorfer Linie sind so eben fünf Kanonenschüsse gefallen. In der Roßau und in Lichtenthal wird deshalb Allarm geschlagen und Sturm geläutet. Die Ursache davon ist eine Plänkelei von Seite unserer kampfbegierigen Arbeiter. Gegenwärtig dauert das Kleingewehrfeuer noch fort. — Gegenüber von Nußdorf bei der schwarzen Lacke wird von den Windischgrätz'schen Truppen eine Schiffbrücke geschlagen. Zwanzig Pontons sind schon eingezogen. Sie wird bald fertig sein. — Von Nußdorf wird noch nachgetragen, daß der Anlaß des Kampfes die Desertion einiger Grenadiere gewesen sein soll, vier kamen glücklich herüber, einer jedoch wurde unterwegs erschossen. Ein Arbeiter stürzte mitten unter den Gewehrsalven hinaus, um den verunglückten Bruder zu holen, was ihm auch gelang. — In dem Lager des Auersperg hat sich nichts verändert. Seine Verschanzungen am Wiener Berge sind mit vieler Mannschaft besetzt. — Unter dem Militär außer der Stadt scheint große Mißstimmung zu herrschen, die Ruhr ist bei einigen Abtheilungen ausgebrochen. — So haben sich um Wien drei große Lager gebildet, mit ungefähr 46000 Mann, wovon auf das Lager des Jellachich die meisten, beiläufig 24000 entfallen. — Die Armee des Jellachich bei Schwechat und Zwölfaxing hat ihr Antlitz gegen Ungarn gewendet. Um 1 Uhr Mittags sah man abermals auf der Straße nach Fischament Rauch aufsteigen. So viel ist gewiß, die Ungarn sind im Anzuge. — Man hört, daß vom Gemeinderathe und Nationalgarden-Oberkommando der Beschluß gefaßt werden wird, Wien so lange als nur möglich gegen Windischgrätz zu vertheidigen. — In der Stadt selbst herrscht jetzt eine bedeutende Lebhaftigkeit. Fast alle Männer tragen Waffen, um nöthigenfalls auf ihren Posten zu gehen. Selbst als Männer verkleidete Frauenzimmer haben sich bereits zum Wachtdienste gemeldet. Die Barrikaden in der inneren Stadt werden bald alle beseitigt sein. — Alle Pferde in der Stadt, auch die in den kaiserl. Stallungen, sind nun als Vorspann für die Kanonen requirirt worden. — Es sollen 2 Fäßchen Geld für die belagernden Soldaten bestimmt, von der Nationalgarde angehalten worden sein. — Von München sind ebenfalls einzelne Scharfschützen eingetroffen. — Herübergekommene Soldaten erzählen von der Abneigung, gegen die Stadt zu fechten. Das Gerücht eines Gefechtes zwischen den Ungarn und Kroaten hat sich nicht bestätigt.

Nachmittags 4 ½ Uhr. Die ganze Stadt ist in Allarm. Bei der Nußdorfer Linie donnern die Kanonen. Alles, was Waffen hat, eilt auf die Linienwälle. Der Kampf wird diesmal ernstlich werden. Es schossen die feindlichen Vorposten einigemal gegen die Nußdorfer Linie, einer unserer Vorposten griff sie an, gegenseitig bekamen die Streiter Hülfe, Kanonen kamen zur Sprache, man feuerte ein Paar Stunden lang auf einander, bis das Militär von dem Wasserwerk, welches es früher inne hatte, vertrieben wurde und sich auf eine kleine Anhöhe zurückzog. — Von den Ungarn ist außer den Rauchsäulen keine Spur. (Oesterr. Z.)

*) Diese von der österr. Ztg. gegebene Aufklärung stimmt vollkommen mit der Ansicht überein, welche wir bereits in der vorgestrigen Bresl. Ztg. ausgesprochen haben. Red.

Bemerkenswerth ist folgendes Publikandum, welches von der stattgehabten Plünderung eines Staatsgebäudes spricht. Das Faktum wird in keinem der uns zugekommenen österreichischen Blätter erwähnt. Die Bekanntmachung lautet:

Wegen Plünderung.

Mitbürger! In einem feierlichen Augenblicke, wo allen gesetzlichen Gewalten durch Militär-Herrschaft Gefahr droht, ist es doppelt nothwendig, die Gesetze innerhalb der eigenen Mauern zu achten. Wir müssen die Verachtung on Recht und Gerechtigkeit, wodurch unsere Gegner uns unter die Waffen zwingen, nicht nachahmen. — Garden der mobilen Corps! Unser Zustand ist der einer belagerten Stadt. Zu allen Zeiten hat man in Kriegsverhältnissen Plünderung, von Bewaffneten ausgeübt, mit dem Tode bestraft. Es ist trotz aller öffentlichen Ermahnungen an einem Staatsgebäude Plünderung verübt word n. Die Schuldigen werden ermittelt und der verdienten strengen Ahndung unterzogen werden. — Gestützt auf d n § 6 der von dem hohen Reichstage unter dem 15. Oktober erlassenen Disciplinar-Verordnungen, welche das Oberkommando der Nationalgarde für die genaue Vollstreckung der obigen Verordnungen streng verantwortlich macht, mache ich bekannt, wie folgt: „Wer von heute an Plünderung verübt, wird sofort vor das Kriegsgericht gestellt." — Das Kriegsgericht hat für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse in Permanenz zu bleiben. Die Strafe für den Verurtheilten lautet auf Tod durch Pulver und Blei. Das Urtheil wird binnen 24 Stunden vollstreckt, und kann durch das Oberkommando nicht aufgehoben werden. — Mitbürger! Garden der mobilen Corps! Nur wenige Ruchlose oder Leichtsinnige schänden unsere ehrenhaften Reihen! Sie müssen die heilsame Strenge des Gesetzes achten lernen. Wien, 23. Oktober 1848.

Messenhauser, provisorischer Oberkommandant.

** Olmütz, 24. Oktober. [Tagesbegebenheiten.] Der Abgeordnete des Frankfurter Parlaments, Welcker, ist am Hoflager angekommen. Auch die Erzherzogin Sophie weilt hier. — Acht Tage sind es nun, daß der kaiserliche Hof hier verweilt. — Zahlreiche Deputationen und das fortwährende Zuströmen von Fremden machen die Stadt — abgesehen von der verstärkten Garnison — nach außenhin lebhaft und bewegt. Besonders glauben wir hervorheben zu müssen, wie fast kein Tag verfließt, ohne daß Hunderte von Landleuten die Stadt Olmütz besuchen, um Sr. Majestät ihre Ergebenheit zu bezeugen. Unter Leitung eines Anführers aus ihrer Mitte und dem Schalle einer Dorfmusik reiten dieselben gewöhnlich paarweise, unbewaffnet, zum Theile mit Fähnchen, durch die Stadt, bringen vorerst Ihrer königl. Hoheit der Gemahlin des E. H. Ferdinand d'Este ihre Huldigung, und begeben sich hierauf zur kais. Residenz, wo Se. Majestät sie vom Balkone begrüßt, und ihren Abgeordneten hierauf zum Abschiede mit Rührung die Hände drückt. Die Verehrung des Kaisers von Seite des Landvolkes ist so groß, daß, wie wir hören, die Leute ihren rückgekehrten Abgeordneten die Hände küssen, welche ihr Kaiser berührt hatte. — Sie erscheinen größtentheils mit schwarzgelben Fahnen und gleichen Bändern. Die Majestäten wohnen täglich Vor- und Nachmittags dem Gottesdienste in der Domkirche bei.

Breslau, 26. Oct. Abends 10 Uhr. Der so eben eingetroffene Oberschlesische Bahnzug bringt weder Reisende noch Briefe aus Wien, jedoch erhalten wir von einem Reisenden aus Ratibor, die von Windischgrätz am 23. c. an die Wiener erlassene Proklamation, welche am 24. October in Wien veröffentlicht wurde. Sie lautet:

Proklamation.

In Verfolg des von mir in meiner ersten Proklamation vom 20sten verkündeten Belagerungszustandes und Standrechts für die Stadt Wien, die Vorstädte und nächste Umgebung habe Ich befunden als fernere Bedingungen zu stellen:

1) Die Stadt Wien, Vorstädte und nächsten Umgebungen haben 48 Stunden nach Erhaltung dieser Proklamation ihre Unterwerfung auszusprechen und Legionen- oder Kompagnieweise die Waffen in einem zu bestimmenden Orte an eine Commission abzuliefern, so wie alle nicht an die Nationalgarde eingereiheten Individuen zu entwaffnen, unter Bezeichnung der Waffen, welche Privat-Eigenthum sind.

2) Alle bewaffneten Corps und die Studenten-Legionen werden aufgelöst, die Aula gesperrt, die Vorsteher der akademischen Legion und zwölf Studenten als Geißel gestellt.

3) Mehrere von mir noch zu bestimmende Individuen sind auszuliefern.

4) Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendiren, mit Ausnahme der Wiener Zeitung, die sich blos auf offizielle Mittheilungen zu beschränken hat.

5) Alle Ausländer in der Residenz sind mit legalen Nachweisungen der Ursache ihres Aufenthalts namhaft zu machen, die Paßlosen zu alsogleicher Ausweisung anzuzeigen.

6) Alle Klubbs bleiben während des Belagerungszustandes aufgehoben und geschlossen.

7) Ein Jeder der sich:

a. obigen Maßregeln entweder durch eigene That, oder durch aufwieglerische Versuche be andern, wiedersetzt, wer

b. des Aufruhrs oder der Theilnahme an demselben überwiesen oder wer

c. mit den Waffen in der Hand ergriffen wird

verfällt der standrechtlichen Behandlung.

Die Erfüllung dieser Bedingungen hat 48 Stunden nach Veröffentlichung dieser Proklamation einzutreten, widrigenfalls ich mich gezwungen sehen werde, die allerenergischsten Maßregeln zu ergreifen um die Stadt zu unterwerfen und zu zwingen.

Hauptquartier Hetzendorf, den 23. Oktbr. 1848.

(gez.) Fürst Windischgrätz, Feldmarschall.

Der Reisende theilt uns auch mit, daß das in der heutigen Zeitung näher beschriebene Bombardement vom 24. October dadurch hervorgerufen wurde, daß 4 Compagnien der kaiserlichen Truppen an diesem Tage zu den Wienern übergehen wollten und Windischgrätz es dadurch zu verhindern suchte, daß er ein heftiges Kanonenfeuer begann. Die Wiener nicht wissend, was dies zu bedeuten habe, erwiederten das Kanonenfeuer lebhaft.

** Wien, 24. Oktbr., Mittags 12 Uhr. In Folge des Aufrufs des Kommandanten Messenhauser bauen Weiber und Kinder in den Vorstädten in diesem Augenblick Barrikaden. Ein Angriff ist noch nicht erfolgt, man hört nur dann und wann Kanonenschüsse fallen. Das Studenten-Comité soll beschlossen haben, in dem Augenblicke, in welchem die Truppen wirklich angreifen, aus der kaiserlichen Burg den Thronsessel zu holen und denselben auf öffentlichen Platze zu verbrennen. Die preußische Post fehlt seit dem 18ten dieses Monats.

Schweiz.

Zürich, 20. Oktober. [Krieg.] Die „Eidgenössische Ztg." berichtet aus Italien: „Der Krieg ist neuerdings ausgebrochen! (?) Laut Briefen aus Arona, datirt vom 14. d. Mts., ist Karl Albert, gedrängt von Unruhen im eigenen Lande, deren Veranlassung offenbar in den Wiener Ereignissen zu suchen sind, mit einer Armee von 100,000 Mann gegen Mailand in Anmarsch; 30,000 Mann sollen gegen Piacenza vorrücken. Die Armee sei von einem Polen befehligt, der Chef des Generalstabs v. Skrzynecky in der polnischen Insurrektion von 1831 gewesen sei (Chrzanowski). Nach Aeußerungen des Königs hofft man am 19. in Mailand einzurücken. Ein Kourier sei nach Frankreich abgegangen, um neuerdings einen französischen General zu erbitten."

Italien.

[Kriegslieder. Eine russische Note.] Die italienischen Blätter stimmen Kriegslieder an, die im Volke ein Echo finden. An den Mauern von Pavia war ein Aufruf angeschlagen, worin den Deutschen gedroht wird, wenn sie nicht schnell die Flucht ergriffen, so würde es zu spät für sie werden. Im Lager des Feindes herrsche Zwietracht. Zahllose Schaaren von Ungarn und Kroaten verließen das österreichische Banner und eilten auf verschiedenen Wegen davon. (Den Abzug der Ungaan aus Mailand meldet auch der Constitutionale subalpino von demselben Datum.) Die nach Italien abgegangenen österreichischen Truppen würden zurückgerufen, um die neue Insurrektion in Wien zu dämpfen. Mittlerweile rühre sich das Volk in Mailand. Eine neue und fürchterliche Explosion scheine nahe bevorzustehen. Der österreichische General halte die Truppen in ihren Quartieren konsignirt und verhindere jede Verbindung unter den verschiedenen Corps. Die Thore der Stadt seien verschlossen und innerhalb derselben streiften zahlreiche Patrouillen mit Kanonen umher. Jetzt sei es Zeit, das Heer nach der Grenze zu schicken und den Muth durch einen Aufruf an das Volk zu erhöhen. In Turin war am 13. Oktober ein kleiner Soldatenaufstand. Sie schrieen: Krieg oder Frieden! Wollt Ihr nichts thun, so gebt uns den Abschied.

Die römische „Speranza" vom 11. Okt. will bestimmt wissen, daß der Kaiser von Rußland an den Papst eine Note gerichtet habe, in welcher er Letzteren oaran erinnere, daß er das Zeichen zu der Rebellion nicht allein in Italien, sondern auch in Frankreich, Deutschland und Oesterreich gegeben habe. Er sei überzeugt, daß dies ohne böse Absicht geschehen; die

Ereignisse hätten ihm indeß gezeigt, wie undankbar die Völker seien. Das Uebel sei indessen nun einmal da, und man müsse auf Heilmittel bedacht sein. Daher biete er dem Papste sein Heer und seine Flotte an, um seine Unterthanen wieder zum Gehorsam zu zwingen.

Großbritannien.

London, 20. Okt. [Italienische Angelegenheit. Die Times ein Organ Metternich's.] Die Times schreibt aus Paris, das französische Gouvernement hätte dem sardinischen Gesandten erklärt, in Italien nicht interveniren zu wollen, indem Frankreich dadurch Rußland zwingen wolle das Prinzip der Nichtintervention Deutschland gegenüber zu achten. Lord Palmerston soll dem sardinischen Gesandten bedeutet haben, daß er Karl Albert ganz seinem Schicksale überlasse, falls er die Feindseligkeiten wieder beginnen würde. — Die Times verdient den Beinamen, Metternichs Organ zu sein, indem ihre Auffassung der österreichischen Ereignisse eine durchaus reaktionäre ist. Nicht allein, daß sie den Sieg Jellachich's sehnlichst herbeiwünscht, sie ist abgeschmackt genug, es für die Pflicht und das Interesse der frankfurter Centralgewalt zu erklären, die Revolution zu Wien eben so zu bekämpfen, wie die Emeute in den Straßen Frankfurts und dem deutschen Südwesten bezwungen worden. Indem sie die Spaltungen in Radetzki's Heer zwischen Ungarn und Kroaten nicht für glaubwürdig hält, und von der Voraussetzung ausgeht, daß der König von Sardinien gedrängt werde, wieder die Offensive zu ergreifen, schließt sie mit folgenden Worten: Wenn Karl Albert den Kampf wieder aufnimmt, so wird er es auf seine eigene Gefahr hin thun. Man kann nicht erwarten, daß die Mächte, deren Vermittelung angeboten und theilweise angenommen worden, diese Vermittelung in eine Kränkung verwandeln und der Schwäche eines Gouvernements Gewalt anthun sollten, an dessen Vernunft sie appelliren wollten. Diese Mächte sind bisher nicht gebunden. Sie sind nicht verpflichtet, eine beider Parteien beizustehen, und sollten sie so weit ihre Stellung vergessen, daß sie eine bewaffnete Einmischung bieten, so würden sie jenes Recht der Vermittlung verlieren, auf das sie jetzt bestehen und welches die beste Aussicht auf einen endlichen Frieden eröffnet.

Frankreich.

Paris, 22. Oktober. [Verschiedenes.] Der dieser Tage hier angelangte russische General und Adjutant des Herzogs von Leuchtenberg ist, jedoch nicht offiziell, bei Cavaignac akkreditirt. Man versichert aber, daß seine amtlichen Beglaubigungsschreiben nächstens hier anlangen würden; bis dahin werde auch General Leslo amtlich in Petersburg anerkannt sein. Nach einem Gerücht hat Kaiser Nikolaus den Pauls-Orden an Cavaignac verliehen; man bezweifelt jedoch, daß er ihn tragen werde. — Mehrere Journale hatten behauptet, daß Oudinot zu Mailand und Turin gewesen sei und mit Radetzky und Karl Albert lange Conferenzen gehalten habe; man erfährt aber jetzt, daß er Grenoble, wo er am vorigen Montage große Revue über die Alpen-Armee hielt, noch keinen Tag verlassen hat. — Die Errichtung von 300 Bataillonen mobiler Nationalgarde wird im Kriegsministerium thätig betrieben, und man versichert, daß sie noch vor Jahresschluß sämmtlich organisirt sein werden. Einen Theil der Offiziere will man aus den Unteroffizieren der dahier kasernirten Veteranen-Compagnien nehmen.

Lokales und Provinzielles.

...ss **Breslau**, 26. Okt. [Der allgemeine Landwehr-Verein] machte in seiner letzten Sitzung von dem Rechte der freien Führerwahl Gebrauch. Die meisten Stimmen erhielt Gutsbesitzer Schlinke als Major; zu Hauptleuten wurden erwählt die Herren Tobias, Dietrich, Wöllmer und Zedler. Der verfassungsmäßigen Behörde bleibt die Bestätigung derselben vorbehalten. Vom Veteranenvereine zu Neisse wurde ein Aufruf an alle Veteranen, welche bis zum Jahre 1815 die Feldzüge mitgemacht haben, durch einen Deputirten überbracht. Der Inhalt bezieht sich auf die Erhöhung der Pensionen für diejenigen invaliden Militärs, welche bisher nur 1 oder höchstens 8 Thlr. monatlich erhalten haben. Es sollen bei der Berliner Nationalversammlung die geeigneten Schritte dafür geschehen.

** **Breslau**, 26. Okt. [Das Bürgerwehrgesetz] kam auch in der gestrigen Sitzung des demokratischen Vereines zur Sprache. Herr Linderer setzte auseinander, daß man jetzt unmöglich mehr darüber berathen könne, ob das Gesetz anzunehmen sei oder nicht. Es wäre thöricht, die Nichtannahme zu dekretiren, ohne die Gewißheit zu haben, daß die Bürgerwehr des ganzen Landes diesen Entschluß theile. Es sei allerdings wahr, daß das Volk mit dem neuen Gesetze unzufrieden ist; allein es werde der Annahme desselben gewiß keinen gewaltsamen Widerstand leisten. Es bleibe daher nichts übrig, als die Uebelstände des Gesetzes auf gesetzlichem Wege beseitigen zu suchen, und könne man um so eher auf einen Erfolg rechnen, als bei der Verfassungsfrage noch einzelne Bestimmungen des Bürgerwehrgesetzes in Berathung gezogen werden sollen. Es wäre ihm dies bei seiner Anwesenheit in Berlin selbst von Mitgliedern der Rechten versichert worden. Sein Antrag ging daher dahin, die Bürgerwehren in der Provinz zu bestimmten Erklärungen zu veranlassen, welche Punkte des Gesetzes sie abgeändert verlangen, und daß die Central-Kommission der hiesigen Bürgerwehr, sodann Namens der Bürgerwehr der ganzen Provinz bei der National-Versammlung die Aufnahme solcher Punkte in die Verfassung beantrage, wodurch die mißliebigen des bereits erlassenen Gesetzes wieder aufgehoben würden. — Dieser, unserer Ansicht nach, ganz richtige Vorschlag wurde von dem Vereine acceptirt und zum Beschlusse erhoben.

Theater.

Die Aufführung einer neuen Oper war vor kurzer Zeit noch ein Ereigniß! Man sprach viel davon vorher und viel davon nachher; man fragte angelegentlichst in allen Kreisen nach dem Komponisten, wo er geboren sei, wo er studirt habe u. s. w. Heute gehen solche Ereignisse ohne große Anrege zu schaffen, vorüber; die empörten Wellen der Zeit, die einen anderen und rascheren Lauf genommen, treiben jetzt dergleichen, wie zarte Blumen in wildem schäumenden Gedränge fast unbeachtet dahin. Der stürmischen Nacht aber, so hoffen wir, wird ein freundlicher, sonnenheller Tag folgen und in dem freien Volke wird dann auch die Kunst um so freier und edler sich entwickeln.

Der hier neu gehörten Oper „Prinz Eugen der edle Ritter" von Gustav Schmidt liegt ein Text unter, der, wenn er nur den Zweck haben soll, dem Komponisten Stoff zu bieten, diesen vollständig erfüllt.

Der eigentliche Kern ist aber sehr mager; er besteht nur, um es kurz zu sagen, darin, daß die Obermarketenderin Engelliese dem Wachtmeister Jakob Venus, der auch zugleich Dichter des Regiments ist, das Jawort nicht früher geben will, als bis er den letzten Vers zu dem Liede „Prinz Eugen" gemacht hat und so verliebt der Dichter-Wachtmeister auch ist, so gibt ihm Amor dennoch, obgleich Amor und Venus doch sonst auf sehr freundschaftlichem Fuße stehen sollen, erst gegen Ende des letzten Akts den glücklichen dritten Vers ein; was aber auch wieder sein Gutes hat, denn wäre die Inspiration gleich gekommen, so wäre gar keine Oper gewesen.

Als Beiwerk und Staffage findet sich nun noch Prinz Eugen der edle Ritter, der die Festung Landau nehmen möchte; ein Spion und Uhrenhändler aus dem Schwarzwalde, der gehängt werden soll, aber als halb unschuldig und als Bruder des Wachtmeisters begnadigt wird, und dann als komische Person der Korporal Peter Kurzbein, der von den Franzosen gefangen war und nun sehr ergötzlich französisch radebricht (und durch unsern Stotz sehr wirksam dargestellt wird. Wie gesagt, Stoff für den Komponisten, der sich das Buch wohl selbst geschrieben haben mag, ist genug vorhanden, denn es fehlt an Nichts! nicht an Chören, Schwurscene, Quartetten, Terzetten, Duetten, Romanzen u. s. w. Manche Scene indessen, so ernst sie gedacht sein mag, bringt aber gerade die entgegengesetzte Wirkung hervor, so z. B. im zweiten Akt, worin der Wachtmeister den Verrath entdeckt, und Engelliese sich unter die feindlichen Kanonen wagt, um Hülfe zu schaffen. Während dem nimmt aber der Wachtmeister sein Taschenbuch ganz gemüthlich hervor und quält sich jämmerlich mit dem Suchen des dritten Verses ab. Wir gehen jetzt zur Musik über und müssen gleich von vornherein gestehen, daß wir von ihr am Ende weniger als vom Text zu sagen haben. Der Komponist, welcher Chordirektor am Theater in Frankfurt a. M. ist, zeigt Erfahrung in der Instrumentirung sowohl, wie in der Behandlung der Stimmen. Es ist Alles recht hübsch gemacht und auch fließend geschrieben. Die Melodien haben bis auf einige zu laute Reminiscenzen ein echt deutsches Gepräge. Als Hauptbestandtheile der Oper erscheinen übrigens zwei Themen, nämlich das bekannte Lied vom Prinzen Eugen, ein schönes, deutsches Lied und ein Motiv aus dem ersten Liede Conrad's. Diese beiden musikalischen Gedanken ziehen nicht wie ein Faden, sondern wie ein dickes Schiffstau durch die Oper und kommen in jedem Akte mehremal vor. Die Chöre sind lebendig gehalten und nicht ohne Charakter, aber dem Ganzen fehlt Etwas, ohne das es schwer ist, einen vollen Beifall zu gewinnen, und das ist die Erfindung, die Originalität des Gedankens, der belebende Hauch des Geistes. Bis auf einzelne Nummern, wie z. B. ein Theil des Finale's des ersten Akts, das Lied Conrad's im letzten Akt, eigentlich nur auch Lortzing nachgearbeitet, dann die große Arie der Engelliese, die im französischen Genre gehalten ist, und endlich die Schwurscene im zweiten Akt, die aber auch stark an Rossini's Tell erinnert, ist nichts, welches aus dem Gleise des Gewöhnlichen träte, und durch irgend Etwas eine besondere Aufmerksamkeit anzuregen vermöchte; besonders tadelnd müssen wir aber die Ouverture nennen, die eigentlich diesen Namen gar nicht verdient und nur als ein zusammengeleimtes Potpourri aus den Motiven der Oper erscheint. Die Aufführung war den Kräften unserer Oper angemessen. Herr Julius als Prinz Eugen wollte dem Charakter eine historische Färbung geben und stellt ihn halb als Friedrich den Großen und halb als Napoleon dar; er verfällt aber hierbei in einen bedeutenden Anachronismus. Friedrich der Zweite war zu jener Zeit nur erst einige Jahre alt und sprach wahrscheinlich damals noch nicht in dieser kurzen und eigenthümlichen Weise, und von Napoleon ahnte die Welt noch nichts; auch scheint uns die Maske zu alt. Der edle Ritter zählte zur Zeit der Handlung höchstens drei oder vier und fünfzig Jahr. Das Auftreten muß daher fester, edler und männlicher sein, und mehr von dem edlen Ritterthum verrathen. Im Gesang zeigt sich wohl das Streben nach dem Besseren, es kann sich aber nicht Geltung verschaffen, so lange die Stimme durch Gaumentöne, worauf wir neulich schon hindeuteten, niedergedrückt wird. Durch ernste Studien müßte dieser Makel bald zu beseitigen sein und Herr Julius besitzt wohl die beste Gelegenheit, wenn er anders den Willen dazu hat, diese zu machen. Fräulein Bunke (Engelliese), welche übrigens für die große Arie des letzten Akts, ein sehr effektreiches Musikstück, mehr thun könnte, Herr Rieger (Wachtmeister), Herr Kahle (Konrad) sind lobend zu nennen. Chor und Orchester hielten sich brav. d.

Der obige Artikel hat mehre Tage dem wichtigeren politischen Stoff weichen müssen und heute wird ihm erst die Ehre zu Theil vor den Leser zu treten. Wir fügen daher noch über die gestrige, zum dritten Male stattgehabte Aufführung, hinzu, daß Frau Stotz die Rolle der Engelliese inne hatte, und meinen wir, daß dieselbe sich mehr für dergleichen Partieen, als Fräulein Bunke eignet, der es, für die kurze Zeit ihres theatralischen Wirkens sehr natürlich, noch an Routine, an einem gewissen Aplomb fehlt.

Frau Stotz wußte dem Charakter mehr Leben und Interesse zu geben, auch befriedigte die musikalische Durchführung der Partie, aber auch nur bis auf die Arie im letzten Akt, die einen Vortrag höhern Genre's erfordert. Es bleibt nur noch zu bemerken, daß Prinz Eugen heute in Etwas mindestens mehr der Geschichte sich genähert hat und statt der weißen Hosen, historische rothe angelegt hatte. d.

—IV. **Glogau**, 22. Oktober. [Bürgerwehr. Kommunales. Musik. Verschiedenes.] Der deutsch-volksthümlich-konstitutionelle (eigentlich wohl demokratische) und der Bürgerwehrverein hatten wiederholt bei den städtischen Behörden den Antrag gestellt wegen endlicher Organisirung der Bürgerwehr. Diesem Antrage ist nun gewillfahrt worden, mit dem Bemerken: „daß, wenn nicht schon früher dafür gestimmt worden sei, es nur an der Fassung der vorgelegten Statuten gelegen habe, wonach ein Jeder verpflichtet sein sollte, der Bürgerwehr beizutreten, was aber unter den besondern (!) Verhältnissen des hiesigen Ortes, so lange Niemandem zugemuthet werden könne, bevor nicht die Bürgerwehr durch das ganze Land organisirt werde." Da nun die jetzt vorgelegten Statuten es dem freien Willen eines Jeden überlassen, beizutreten, beantragte die Stadtverordneten-Versammlung dem Gesuche stattzugeben. Bei dieser Gelegenheit erhielt dieselbe aus den magistratualischen Akten Kenntniß von einem von Seiten der Regierung zu Liegnitz an den Magistrat gerichteten Schreiben, worin das Verhalten der städtischen Behörden bei der vor einiger Zeit hier herrschenden Aufregung (hervorgerufen durch die Art und Weise des Einmarsches des 2. Bataillons 10. Infanterie-Regiments) stark gemißbilligt wird. Die städtischen Behörden, die das Ihrige gethan zu haben glauben, sich auch bei den öffentlichen Ansprachen (durch Plakat) betheiligten, finden die Mißbilligung der Regierung nicht gerechtfertigt und beschloß die Stadtverordneten-Versammlung energischen Protest einzulegen. Eine Kommission mit dem Entwurf desselben wurde in der letzten Sitzung beauftragt. — Die fünf Kämmereigüter, welche aufs Neue anderweitig verpachtet worden sind, erhielten zusammen ein Pachtgebot von 4075 Rtl. pro Jahr, dagegen betrugen die Gebote auf die einzelnen Güter zusammen 5130 Rtl., daher beschlossen wurde den Güterkomplexus in 3 Theile zu zu verpachten. — Für städtische Bauten wurden an das Zimmergewerk im Laufe dieses Jahres bis zum 2. v. M. verausgabt 748 Rtl. 10 Sgr. — Der wiederholte Antrag wegen Abschaffung oder wenigstens theilweiser Ermäßigung der Hundesteuer — jährlich pro Hund 2 Rtl. — wurde abermals nicht bevorwortet und die Antragsteller mit Hinweisung auf die dieserhalb erlassenen Gesetze beschieden. Ebenso wurde beschlossen, bevor nicht die neue Gewerbeordnung erschienen, keinem Gewerbetreibenden das nachgesuchte Bürgerrecht mehr zu ertheilen. — Mit dem 1. November wird hier die Wildsteuer eingeführt und zwar: für den Hasen 2 Sgr. für das Huhn 6 Pf. — Obgleich die alles überstürzenden Zeitverhältnisse für Kunstbestrebungen nicht grade günstig sind, so haben doch einige tüch-

tige Musiker und Musikfreunde es unternommen, am hiesigen Orte einen Musikverein ins Leben zu rufen. Der Zweck soll nach § 1 des entworfenen Statuts sein: „den Sinn für Musik zu wecken und zu beleben, gute Tonwerke zur Aufführung zu bringen und die Vokalvereine bei ihren Aufführungen zu unterstützen", da in Aussicht steht, daß sich in der nächsten Zeit ein Damenchor hier bilden, welchem die seit 4 Jahren hier bestehende Liedertafel kräftig zur Seite stehen wird. Wir können um so mehr diesen Bestrebungen das kräftigste Gedeihen wünschen, als auch hier die Musik Veranlassung werden kann, Standesverschiedenheiten, wenn auch nicht immer für die Dauer, auszugleichen. — In den hiesigen Buchhandlungen liegt die vom patriotischen Vereine zu Berlin ausgegangene Petition, an die preußische Nationalversammlung die Bitte enthaltend: „fortan den Verfassungs-Entwurf wöchentlich in mindestens 4 Plenarsitzungen zu berathen," zur Unterschrift aus. — Herr Bürgermeister v. Unwerth, unser Deputirter für Frankfurt, ist seit einiger Zeit hier; ob derselbe wieder nach dort abgehen wird, ist noch sehr unbestimmt. Vom deutsch-volksthümlich-konstitutionellen Verein ist ihm ein Mißtrauensvotum zugekommen, weil derselbe gegen die Abschaffung des Adels und für den Waffenstillstand mit Dänemark gestimmt haben soll.

—r— **Glogau**, 15. Oktbr. [Unruhen.] Eine Kompagnie des 6. Linien-Infanterie-Regiments wurde gestern Nachmittag in aller Eile nach unserm nachbarlichen Fraustadt (Großherzogthum Posen) beordert und zwar zur Wiederherstellung und Sicherung der Ruhe, welche in der Nacht vom Montag zu Dienstag (bis zum Morgen) durch Katzenmusik, Fenstereinwerfen u. dgl. gestört worden ist. — Ebenso hat im Laufe der verflossenen Woche, wie ein Durchreisender erzählte, ein ziemlich großartiger Krawall mit Demolirung an Gebäuden in Jauer stattgefunden. — Daß gegen 1000 Mann Landwehr (6. Infanterie-Regiments) hier in Garnison kommen, soll seinen Grund darin haben, daß dieselbe, da Glogau als Festungsort in letzter Zeit ohnedies schwach besetzt ist, den Garnisondienst mit versehen soll, besonders, wenn die Linien-Mannschaften vorkommender Unruhen wegen in die Umgegend als sogenannte fliegende Corps requirirt werden, wie dies eben gestern der Fall war.

△ **Wartha**, 21. Oktober. [Feuer-Unglück. Chaussee.] Anfang dieser Woche las man hier an einer Verkaufsbude mit Kreide geschrieben die Worte: „Donnerstag wird Wartha angezündet!" — Obgleich nach dem letzten Brande 1845 die größeren Häuser massiv aufgebaut worden, geriethen doch Manche deshalb in Besogniß und als am Abende desselben Tages das Feuersignal durch Trommelschlag erklang, war der Schrecken nicht klein; indeß zeigte es sich bald, daß das Feuer entfernt war, da in Altmannsdorf ein Bauergut und vier Häuslerstellen abbrannten. Der sturmartige Wind hatt durch die vertilgende Flamme dieser Besitzungen rasch in Rauch aufgehen lassen, daher die bedeutende Röthe am Himmel das Unglück näher erscheinen ließ. Gestern wurde ein an der neuen Kohlenstraße, von hier nach Gabersdorf führend, arbeitendes Mädchen aus Schlegel, 19 Jahr alt, von herabfallendem Lett verschüttet und todt hervorgezogen. Die heute erfolgte gerichtliche Aufnahme des Thatbestandes ermittelte, daß sich die Verunglückte ungeachtet des Verbots in diese Grube gesetzt hatte, und so mit dem Leben die Unachtsamkeit bezahlen mußte; sie war übrigens ungesund und litt gerade wieder an einem krampfartigen Uebel. Es ist dies, ohnerachtet viele gefährliche Arbeit bei dieser Chaussee wegen Sprengung der Felsmassen, die oft in gigantischer Dimension herabrollen, der erste Unglücksfall bei dem Bau dieser Straße. Der Bau naht seinem Ende und ist von hier bis Giersdorf am Ufer der Neisse, an welchem eine bedeutende Futtermauer links und die steilen Felsenmassen des Mühlberges rechts hinlaufen, ein in der That imponirend ausgeführtes Werk, neben dem grotesken der durch Kunst abgedachten Felspartien ein von Sandsteinen parallel sich hinziehendes Geländer, sieht malerisch aus und wird manchen Reisenden freundlich erscheinen, den Kohlenvekturanten aber wird die ganze Chaussee eine höchst erwünschte Anstalt sein, weil auf der Straße in ihrem früheren Zustande Menschen und Thiere gequält wurden und nicht selten Schaden am Geschirr und Unglück den Menschen oder Zugvieh geschah, wenn auch das Fuhrwerk nur mäßige Ladung hatte. Heil den Gründern dieses Unternehmens!

Neisse, 25. Oktober. [Auflauf.] Die Erbitterung über den Butteraufkauf hat sich gestern Abend gegen zwei der hiesigen Butterhändler Luft gemacht, doch auf eine Art, die wir unmöglich billigen können. (s. gestr. Bresl. Z.) Ein Haufe, größtentheils der lieben Lehrjugend angehörend, zog lärmend vor die Wohnung des Kaufmann Jander und nachdem sie dort alle Fenster eingeworfen, tobten sie zum Butterhändler Bruck und begannen auch dort ihr Zerstörungswerk. Von unserer Bürgerwehr war gar nichts zu sehen, nur einzelne Mannschaften derselben fanden sich aus eigenem Antriebe ein und versuchten dem Tumulte zu wehren, doch war dies bei ihrer geringen Anzahl unmöglich. Als der Skandal schon 1½ Stunden gewährt hatte, wurde endlich für die Bürgerwehr Generalmarsch geschlagen — aber die Trommeln vermochten nicht die Bürgerwehrmänner auf den Platz zu bringen. Da endlich um drei Viertel auf eilf erschien der Kommandant Herr General Werder an der Spitze einer Kompagnie Musketiere und nach einigen Minuten eine Abtheilung reitender Artilleristen, und in einer Viertelstunde war der ganze Haufe mit sammt ihrer Barrikade, die sie durch vorgeschobene Wagen errichtet hatten, verjagt. (Bürgerfr.)

Mannigfaltiges.

— Vor etwa 14 Tagen fand in Westfalen ein Gewitter statt. Ein Blitz traf in der Nähe von Bielefeld den Draht des elektro-magnetischen Telegraphen, fuhr an demselben eine Meile weit bis Gütersloh fort und daselbst in die Maschinerie des Telegraphen, in welcher er einige Metallstücke anschmolz, ohne besondern Schaden zu thun. Man konnte den Lauf des Blitzes an jedem einzelnen der Pfähle erkennen, die dem Draht zu Haltern dienen, indem überall das Wachspapier an diesen Pfählen durch welche der Draht läuft, angesengt war.

** [Der Elsaß französisch oder deutsch?] Ueber die nationale Richtung im Elsaß wird uns folgendes schätzenswerthe Schreiben eingesendet: „Straßburg, 2. Oktbr. Hier wird emsig daran gearbeitet, die 200jährige Jahresfeier der Einverleibung des Elsaß in Frankreich festlich zu begehen. Die französischen Behörden wenden natürlich Alles an, das Ganze mit möglichstem Gepränge zu umkleiden, und wie mir ** sagte, geht die ganze Sache wohl von ihnen aus. Ist's nicht eine Schmach für die Elsasser, sich so gutwillig als Puppen zu einem französischen Schauspiele gebrauchen zu lassen? — Uebrigens muß ich zu ihrer Ehre bekennen — und ich bitte Dich, dies bei Euch zu verbreiten — daß selbst hier in Straßburg, wo doch die Französirung mit am weitesten vorgeschritten ist, ich bei mehr als Einem die Schamröthe aufsteigen sah, wenn dieses Festes irgendwie Erwähnung geschah. Ja Einer, und zwar ein geborner Elsasser (aus Schlettstadt), sagte neulich an einem öffentlichen Orte: „der Elsaß werde jetzt eine europäische Berühmtheit erlangen, weil gerade zu der Zeit, wo in allen Ländern, vor Allem aber in den unter nicht-nationaler Regierung stehenden (Polen, Schleswig, Lombardei, Böhmen) man die eigne Nationalität geltend zu machen suche, hier im Elsaß allein, man sich gewissermaßen etwas darauf zu Gute thue, dieselbe eingebüßt zu haben. Es sei nur die Frage, ob diese Berühmtheit nicht auf Kosten der Ehre erkauft werde." Und siehe, es widersprach ihm Keiner, selbst zwei anwesende Nationalfranzosen nicht, es entstand eine plötzliche tiefe Stille, dann sprach man von andern Dingen. Der eine von den beiden Franzosen sagte zu mir beim Nachhausegehen dann: „Il avais raison, mais Dieu nous garde, que cette opinion deviendrait générale dans l'Alsace." — Es läßt sich übrigens gar nicht mehr verkennen, daß die traurigen Folgen, welche der Verlust der Nationalität, d. h. des ureignen Volkscharakters nach sich zieht, hier im Elsaß bereits sich zu zeigen beginnen, wenn auch noch nicht in dem Grade wie in Lothringen und eigentlich erst in den Städten, während das Land noch völlig deutsch ist, und zwar weit mehr in Sitte, Gesinnung und Sprache, als man in Deutschland, verführt von französischen Berichten, zu glauben geneigt ist. Recht ergreifend war mirs, als bei Marienkirch, was doch schon tief im Wasgau liegt, mich neulich ein Bauer fragte: „Nun, was machen sie drüben bei uns im Reiche? denken sie auch noch manchmal an uns?" Aber wie gesagt, in den Städten ist's anders und wie mirs wenigstens scheint, in Straßburg und Kolmar am ungünstigsten, weniger in Mühlhausen, Hagenau oder gar Weissenburg. Jene traurigen Folgen zeigen sich zunächst in einem seltsamen Zwitterzustande zwischen Deutschthum und Franzosenthum, und zwar nicht etwa in der Art, daß die Vorzüge beider Nationen verschmolzen wären, sondern vielmehr gerade die unangenehmen Seiten beider, von den Deutschen nicht die Kraft, sondern die Steifheit, von den Franzosen nicht die Leichtheit, sondern die Frivolität — ein widerliches Gemisch, was man sehen muß, um die Verbindung überhaupt für möglich zu halten. Eine andere beklagenswerthe aber wiederum nothwendige Erscheinung ist die völlige geistige Unfruchtbarkeit, welche im Gebiete der Literatur und Kunst in diesen Gegenden sich seit der französischen Herrschaft zeigt. Wie anders damals als Erwin von Steinbach hier seinen Riesenbau entwarf und Meister Gottfried das Lied von Tristan und Isolde sang! Ja selbst der Sinn für die heimische Literatur überhaupt wird matt und matter, es fehlt bereits das rechte Verständniß für „deutsche Art", ohne daß dadurch etwas für das Verständniß des französischen Geistes gewonnen wäre. Und das Alles fühlen die Bessern auch hier tief. Neulich, als die Rede von Vaterlandsliebe war, sagte ein junger Elsasser plötzlich tief bewegt: „Wohl dem, der weiß wo sein Vaterland liegt! — Wo ist unsers, links oder rechts?" — Alles erwogen, glaube ich versichern zu können, daß eine derartige Feier wie die jetzt bevorstiehende, wiederum nach 100 Jahren, unmöglich geworden sein dürfte, selbst wenn keine Gränzveränderung in dieser Zeit stattfinden sollte.

Inserate.

Handelskammer.

Die Mitglieder und Stellvertreter der provisorischen Handelskammer ersuche ich,

Freitag den 27. Oktober Nachmitt. 4 Uhr in dem Courslokale des Börsengebäudes

sich gefälligst versammeln zu wollen.

Zu den wichtigeren Vorlagen gehören:

1) Die fortgesetzte Berathung über die Regulirung des Strombettes der Oder;
2) die Wahl des Vice-Präsidenten.

Breslau, den 24. Oktober 1848. Molinari.

Die **allgemeine Versammlung der evangelischen Geistlichkeit Schlesiens** findet Mittwoch den **1. November** früh um 9 Uhr im Wintergarten statt. Die Logen sind dem Publikum geöffnet.

Breslau, den 26. Oktober 1848.

Das Comité.

Feierabend. Fiedler. Gerhard. Heinrich. Königk. Krebs. Liebich. Mosler. Prusse. Räbiger. Rahn. Schmeidler. Schwenk. Wentzel.

Zweite Beilage zu № 252 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 27. Oktober 1848.

Theater-Nachricht.

Freitag: **„Oberon, König der Elfen."** Romantische Feen-Oper mit Tanz in drei Akten, Musik von C. M. v. Weber.

(Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.)

Sonnabend: **„Donna Diana"**, oder: **„Stolz und Liebe."** Lustspiel in fünf Aufzügen, nach dem Spanischen des Maroto von West.

Verlobungs-Anzeige.

Die am 22sten d. M. stattgefundene Verlobung unserer einzigen Tochter Bertha mit dem Lehrer Herrn Leopold Goldberg aus Landsberg O./S. beehren wir uns Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Kempen, den 23. Oktober 1848.

Jacobi Kornheim und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Bertha Kornheim.
Leopold Goldberg.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am 24sten d. M. in Jordansmühl vollzogene Verbindung beehren wir uns Freunden und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.

Breslau, 25. Oktober 1848.

Marie Schor, geb. Meyer.
Wilhelm Schor.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
F. A. Zimmermann,
Clara Zimmermann,
geb. Pausewang.

Breslau, den 25. Oktober 1848.

Joseph Keller,
Jeanette Keller, gew. Lobe,
Neuvermählte.

Liegnitz, den 23. Oktober 1848.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute Mittag erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau Angelika, geb. Nölbechen, von einem gesunden Knaben, zeige ich, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst an.

Breslau, den 25. Oktbr. 1848.

A. Fr. Lübbert.

Entbindungs-Anzeige.

Gestern Nacht 11 Uhr schenkte mir meine liebe Frau Louise einen gesunden Jungen, welches ich Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, hiermit anzuzeigen mir erlaube.

Breslau, den 26. Oktober 1848.

Theodor Burghart.

Entbindungs-Anzeige.

Theilnehmenden Freunden und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, die ergebenste Anzeige, daß meine Frau heute Morgen 6½ Uhr von einem gesunden Mädchen schwer, aber glücklich entbunden wurde.

Breslau, den 26. Oktober 1848.

C. L. Sonnenberg.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott gefallen, mein einziges Töchterchen Emilie heut Nachmittag nach 3 Uhr in einem Alter von 3 Jahren 4½ Monaten durch ein gastrisches Fieber von dieser Welt abzurufen. Mit tief bewegtem Herzen widme ich theilnehmenden Freunden und Verwandten diese Anzeige und bitte um stille Theilnahme.

Zindel bei Brieg, 25. Oktober 1848.

Löschke, Pastor.

Altes Theater.

Sonntag den 29. und Montag den 30. Oktober erste Vorstellungen des Professor Herrn **Eberle**, erster Meister der Akustik und des Metamorphosen-Theaters, im Verein des Mechanikus **A. Schwiegerling**, mit fünf Fuß hohen beweglichen Figuren. Hierauf ganz neue Ballets und Metamorphosen, gefertigt und dirigirt von Herrn Eberle. Zum Schluß eine chinesische Feuermaschine. Das Nähere durch Zettel.

A. Schwiegerling.

Ich habe mich hierselbst niedergelassen.

Dr. **Levysohn**, prakt. Arzt und Wundarzt, Schuhbrücke Nr. 72.

Vom 1. November c. an bittet Briefe an ihn wieder nach „Zauritz bei Münsterberg" zu adressiren:

der Rittergutsbesitzer Scheffler.

Im Verlage von **J. Urban Kern**, Junkernstr. Nr. 7, ist erschienen:

Vollständiger

Plan von Wien und der Umgegend,

in welcher sich gegenwärtig die Armeen bewegen. Folio. Preis 2½ Sgr.

Zwei **Amtmannsposten** werden nachgewiesen, der eine bald oder Weihnachten, der zweite zu Ostern. Auch können **drei Oekonomie-Eleven** gut placirt werden. Näheres sagt der Kommissionär **Meyer** in Hirschberg.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

Im Verlage von **Herrm. Bethmann** in Leipzig erscheint v. 15. Novbr. d. J. ab:

DEUTSCHE UNIVERSITÄTS-ZEITUNG.

Centralorgan für die Gesammtinteressen **deutscher Universitäten.** Herausg. im Vereine mit mehreren akademischen Lehrern und unter besonderer Mitwirkung des geh. Hofraths Dr. v. Vangerow in Heidelberg, von Hofrath Dr. Lang in Würzburg und Prof. Dr. Schletter in Leipzig.

Wöchentlich eine Nummer in gross Quart, ganze und halbe Bogen wechselsweise. — Preis des Jahrgangs 2⅔ Rtl. = 4 fl. C. M. = 4 fl. 40 kr. rheinisch; für die Zeit bis Ende d. J. 12 Ngr. — Bestellungen und Probenummern durch jede Buchhandlung und Postanstalt.

In der Arnoldi'schen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten, in **Breslau** und **Ratibor** vorräthig bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock:

J. J. Berzelius, Lehrbuch der Chemie.

Fünfte Originalauflage.

Zweiter unveränderter Abdruck.

Ersten Bandes erste Lieferung. gr. 8. broch. 10 Sgr.

Von dem zweiten Abdrucke der fünften Auflage dieses berühmten Werkes, von der bis jetzt 5 Bände erschienen sind, wird alle 14 Tage ein Heft zu 4 Bogen à 10 Sgr. ausgegeben, und ihm außerdem als Zugabe das ähnlichste Portrait von Berzelius in Stahlstich gratis beigelegt werden.

Bis zum Schlusse des fünften Bandes ist das Werk noch von dem berühmten Verfasser selbst gänzlich umgearbeitet. Die drei ersten Bände enthalten die gesammte **unorganische Chemie,** die beiden anderen, ebenfalls als organisches Ganzes **die organischen Säuren und Basen, die Fette und die Alkohol- und Aether-Arten.** Was die noch übrigen Theile des Werkes betrifft, **die nach dem Wunsche des verstorbenen Verfassers von dem Herrn Prof. Dr. Wöhler bearbeitet werden sollen**, so behalten wir uns vor, über deren Erscheinen noch eine nähere Anzeige zu machen.

Für Kaufleute und Rübenzucker-Fabrikanten.

Einem bekannten Handlungshause, welches durch die unglücklichen Zeitverhältnisse gestürzt worden, ist es vor einigen Jahren gelungen, vom Werkführer der kaiserl. österreichischen Tabakfabrik zu Winicki die Original-Bereitungs-Methode der beliebten kaiserl. Tabake, namentlich des Albanier, Sedlitzer, um eine bedeutende Summe kennen zu lernen und diese Sorten genau wie die echten anzufertigen. Eben so kennt das angedeutete Haus die Bereitungsmethode des Doppel-Mops, Natchitoches, Nessing ꝛc. genau und besitzt ferner die Beizen für Blätter zur Cigarren-Fabrikation, sowie eine **Abschrift des den Rübenzukker-Fabrikanten dem Namen nach bekannten Dr. Z.schen Verfahrens, um 14 bis 16 Prozent Zucker zu gewinnen, so wie der Knochenbrennerei.**

Hierauf Reflektirende, welche diese Mittheilungen nur für sich benützen wollen, erhalten dieselben gegen ein Honorar von 2 Friedrichsdor durch die Herren Graß, Barth u. Comp. in Breslau; Kaufleute, denen nur mit den Tabaks-Anweisungen gedient ist, erhalten solche für 1 Friedrdor. und ist als Anhang die Fabrikation eines feinen Rums auf kaltem Wege beigegeben.

Hammonia, Lebens-Versicherungs-Societät in Hamburg,

übernimmt Lebens- und Ueberlebungs-Versicherungen auf Lebenszeit, sowie kurze Versicherungen auf 1 bis 10 Jahre, Sparkassen-Versicherungen zur Hebung des Kapitals bei Lebzeiten des Versicherten, Aussteuer- und Leibrenten-Versicherungen, ferner Versicherungen auf das Leben von Militär-Personen im aktiven Kriegsdienst.

Die Gesellschaft ist durch ihr Statut verpflichtet, für die Gefahren der Cholera und des Bürgerwehrdienstes keine Extra-Prämien zu fordern: sie gestattet den Interessenten ihre Prämien in halb und vierteljährigen Raten zu entrichten.

Vom königl. preußischen Ministerium des Innern ist der Societät Hammonia sowie auch denjenigen, welche in ihrem Auftrage handeln, gestattet, mit preußischen Staatsangehörigen Versicherungen abzuschließen, welches hiermit zur Kenntniß des betreffenden Publikums gebracht wird.

Handlungshäuser, welche geneigt sind, sich für diese Societät zu interessiren, und deren Geschäfte wahrzunehmen, werden sich gefälligst unter Aufgabe ihrer Referenzen in frankirten Briefen an den Unterzeichneten oder an den Bevollmächtigten für Schlesien, Herrn **Eduard Groß** in **Breslau,** von welchem Pläne und Drucksachen gratis verabreicht werden.

Im Auftrage der Direktion: **H. L. Harder**, Bevollmächtigter.

Hamburg, September 1848.

Jährliche Prämien

für eine einfache Versicherung auf Lebenszeit auf Höhe von 50 Thaler betragen:

Alter 30 Jahr.	Alter 40 Jahr.	Alter 50 Jahr.	Alter 60 Jahr.
1 Rtl. 9 Sgr. 6 Pf.	1 Rtl. 20 Sgr. 9 Pf.	2 Rtl. 11 Sgr.	3 Rtl. 17 Sgr. 5 Pf.

Hausverkauf zu Tharandt im Königreich Sachsen.

An genanntem Orte, seiner schönen Lage wegen wohl bekannt, ist ein massives, in italienischem Styl neu erbautes Haus, nebst Pferdestall, Wagenremise und einem das Haus umgebenden Hof und Garten, sofort zu verkaufen. Kaufliebhaber werden ersucht, wegen der Kaufbedingungen an Herrn Dr. Reum zu Tharandt entweder persönlich, oder mittelst frankirter Zuschriften sich gefälligst zu wenden.

Wein- und Bierhalle zur deutschen Einigkeit,

Ring Nr. 48,

Alle Sorten Weine, gute Biere (böhmisch, bairisch und Berliner Weißbier), gute schmackhafte Speisen, freundliche Bedienung, Billard, Berliner und hiesige Zeitungen laden zu zahlreichen Besuchen ein.

Rectificirter Gasäther

ist bei Herrn **T. W. Kramer,** Büttnerstraße Nr. 30, à Pfd. 5 Sgr. zu bekommen.

C. F. Capaun in Masselwitz.

Verlornes Umschlagetuch.

Der Finder eines am Sonntag Abend vom Zahnschen Kaffeehause bis Bahnhofstraße verlornen weißen Umschlagetuches erhält eine angemessene Belohnung beim Portier Bahnhofstraße Nr. 1.

Ein weißes Sommer-Tuch ist vom Café restaurant bis zur Reuschenstraße den 11ten d. M. verloren worden; der ehrliche Finder wird gebeten, solches gegen eine angemessene Belohnung, Reuschestraße Nr. 63, eine Stiege abzugeben.

Sowohl unserm vollständigen **Musikalien-Leih-Institut,** als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen **Lesebibliothek** können täglich neue Theilnehmer unter d. **billigsten Bedingungen** beitreten.

F. E. C. Leuckart in Breslau, Kupferschmiedestr. 13, Schuhbrück-Ecke.

Subhastations-Patent.

Die im Rybniker Kreise in Oberschlesien belegenen, zur nothwendigen Subhastation auf 9224 Rthlr. 1 Sgr. 8 Pf. abgeschätzten Vorwerke Jankowitz und Biassowitz Nr. 64 b. mit Ausschluß

1) des Patronatsrechts und des Rechts zur Besetzung der Schullehrer-Stellen auf dem Gute,
2) der Gerichtsbarkeit sammt allen damit verbundenen Früchten und Lasten,
3) der Waldung,
4) aller Geld- und Natur-Prästationen der Einsassen,
5) 105 Quadratruthen Hutweide am Schullik- und Bogorzelle-Teich,
6) der Schullik- und Bogorzelle-Teich,
7) der von den Einsassen in Jankowitz geleisteten Dienste,
8) der Jagd ohne allen Unterschied, endlich
9) der mit dem Vorwerksviehe früher ausgeübten Hutung im Walde, so wie jeder Servitut auf Forst- oder sonstigen zum Domainen-Amte Rybnik gehörigen Grundstücken, sie mögen Namen haben wie sie wollen,

sollen **den 11. April 1849,** Vormittags 11 Uhr, vor dem Deputirten, Oberlandesgerichts-Rath v. Gellhorn an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Taxe und der neueste Hypothekenschein können in unserer Registratur eingesehen werden.

Ratibor, den 2. Sept. 1848.

Königliches Oberlandesgericht.

Oeffentliche Vorladung.

Ueber den Nachlaß des am 21. August 1847 hierselbst verstorbenen Kattunfabrikanten Carl Ludwig Jouly ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekannten Gläubiger auf den 28sten Dezember d. J. Vormittag 9 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Assessor Pasch in unserm Parteien-Zimmer anberaumt worden.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Vorrechte verlustig erklärt und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.

Breslau, 5. September 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Patent.

Die dem Kaufmann Franz Seidel gehörige, sub Nr. 30 des Hypothekenbuchs von hiesiger Kreuz-Probstei, an der Wallstraße belegene, und gerichtlich auf 13,490 Rtl. geschätzte Hausbesitzung nebst Zubehör soll in termino

den 27. Nov. c. früh 11 Uhr

in hiesiger Gerichtskanzlei subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein sind in unserer Registratur einzusehen.

Schloß Ratibor, den 12. Mai 1848.

Herzoglich Ratiborsches Gericht der Güter Binkowitz und Altendorf ꝛc.

Aufforderung.

Alle diejenigen, welche an den am 3. Oktober d. J. zu Hermsdorf unterm Kynast verstorbenen Handelsmann Gottlieb Feist Zahlungen zu leisten haben, werden hierdurch ergebenst ersucht, die diesfälligen Beträge binnen 4 Wochen dem gerichtlichen Bevollmächtigten der Erben, Zoll-Einnehmer und Kaufmann Wilhelm Müller zu Sulau, Kreis Militsch, zu berichtigen.

Zugleich erlauben wir uns diejenigen, bei denen der Verstorbene Waaren eingelegt hat, ergebenst zu ersuchen, unsern Bevollmächtigten ꝛc. Müller hiervon, Behufs der Abholung derselben gefälligst in Kenntniß setzen zu wollen.

Hermsdorf u. K., den 25. Oktober 1848.

Die Handelsmann Gottlieb Feistschen Erben.

Auf Grund allerhöchster Kabinets-Ordre vom 22. Juli 1848 und laut Attest einer königl. Regierung zu Breslau vom 11. August d. J. ist Unterzeichnetem die nachgesuchte Erlaubniß ertheilt worden, von jetzt ab den Familiennamen **„Lehmann"** führen zu dürfen, was hiermit zur gefälligen Beachtung und Kenntnißnahme gebracht wird.

Seitendorf bei Frankenstein, im Oktbr. 1848.

A. Lehm, jetzt **Lehmann,** Freigutsbesitzer.

Proklama.

Nachstehende Hypotheken-Instrumente, als:

1) Kaufsduplikat vom 24. Mai 1821 über den Michael Elsnerschen Auszug, die rückständigen Kaufgelder von 130 Rthl. und die Ausstattungen für die Michael Elsnerschen Kinder, haftend auf der Gärtnerstelle Nr. 5 Kasischka;
2) die Adjudicatoria vom 4. Oktober 1826 über einen Auszug für die Wittwe Hellmann auf der Wassermühle Nr. 11 Schwammelwitz haftend;
3) das Hypotheken-Instrument vom 19. Februar 1789 für das Waisenamt zu Koppitz über 24 Rthl. auf der Freistelle Nr. 7 Klein-Zindel;
4) die Auseinandersetzung vom 5. Jan. 1810 über 42 Rhl. 24 Sgr. für die Gärtner Franz Böhnischschen Kinder erster Ehe auf die Gärtnerstelle Nr. 11 Zauritz;
5) das Hypotheken-Instrument vom 8. April 1839 über 200 Rthl. für den Müller Heinisch in Seiffersdorf auf den Kretscham Nr. 12 Schwandorf;
6) das Hypotheken-Instrument vom 15. März 1842 über 5 Rthl. für die Großersche Pupillarmasse auf die Freigärtnerstelle Nr. 11 Ober-Kühschmalz

sind verloren gegangen und werden alle Diejenigen, welche an dieselben als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Inhaber Ansprüche zu haben vermeinen, hiermit aufgefordert, dieselben spätestens in dem auf

den 3. November d. J., Vormittags 10 Uhr,

in unserer Gerichtskanzlei zu Neisse anberaumten Termine geltend zu machen, widrigenfalls die Ausbleibenden mit allen ihren etwaigen Ansprüchen an die vorstehend bezeichneten Hypotheken-Instrumente unter Auferlegung eines ewigen Stillschweigens werden präkludirt, die Instrumente für amortisirt erklärt und die betreffenden Posten demnächst im Hypothekenbuche werden gelöscht werden. Zu eben diesem Termine werden alle Diejenigen, welche an die 12 Rthl., die dem verschollenen Hospital-Einheizer Franz Schmutte, zuletzt hierselbst, von den für die Klaarschen Gläubiger auf dem Kretscham Nr. 17 Dürrkamitz Rubr. III. loco 5 haftenden 18 Rthl. 27 Sgr. 6 Pf. Kaufgeldern gehören, einen Anspruch haben, vorgeladen, mit der Warnung, daß sie im Falle des Ausbleibens ihrer Rechte und Ansprüche verlustig gehen und demnächst die Post im Hypot nbuche gelöscht werden wird.

Neisse, den 25. März 1848.

Gerichtsamt Kasischka, Schwammelwitz, Klein-Zindel, Zauritz, Schwandorf, Ober-Kühschmalz und Dürrkamitz.

Theiler.

Auktion. Am 28. d. M., Nachm. 2 U., werden in Nr. 42 Breitestraße diverse **Weine, Rums** und eine Partie **Cigarren** versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Bekanntmachung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich auch diesen Winter das **Büffet im Wintergarten** übernommen und daselbst an jedem Concerttage für eine Auswahl guter Backwaaren sorgen werde.

Auch sind von heut an täglich frische Pfannkuchen zu haben in meiner Conditorei, Neumarkt Nr. 28. **Adolph Engel.**

Einem jungen Mann, welcher gute Schulkenntnisse besitzt, kann alsbald eine Stelle als Lehrling in einem lebhaften Handlungsgeschäft unweit Breslau nachgewiesen werden durch die Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau.

---

500 Rtl. verloren!

Die Kassenanweisung über 500 Rtl., Ser. II. Fol. 26. Lit. H. Nr. 2592. ist verloren gegangen. Der Finder wolle dieselbe an den Probst Plachsinski in Jutroschin gegen Belohnung abgeben.

Bei herannahender Saison empfehle ich hiermit mein vollständig assortirtes Lager

Stralsunder Spielkarten,

aus der bekannten Fabrik von **L. Heidborn** dort zur geneigten Beachtung.

Wiederverkäufern bewillige den möglichst höchsten Rabatt.

Breslau, im Oktober 1848.

J. D. Wedlich,
Schweidnitzerstraße, im blauen Bär.

Für Holzhändler.

Der Naturalbesitzer der von der Herrschaft Pilchowitz in Oberschlesien abverkauften Güter Sczyglowitz und Ober-Wilcza hat sich durch § 3 seines Erwerbs-Instruments der Beschränkung unterworfen, daß er ohne Genehmigung des Verkäufers Waldungen nicht verkaufen darf — was hiermit, mit Hinweisung auf Seite 99 des 3. Jahrgangs (1841) des k. Ministerial-Blatts, der Aufmerksamkeit der Herren Holzhändler empfohlen wird.

Pilchowitz, den 23. Juni 1848.

Echt Ceyloner Dampfkaffee in 1/1, 1/2 und 1/4 Pfd.-Packeten, nicht unter 12 Sg. pro Pfd.,
Dampf-Cuba-Kaffee in 1/1, 1/2 und 1/4 Pfd.-Packeten, 10 Sgr. pro Pfd., bei

Schüler u. Comp.,
Junkernstraße Nr. 33.

Nachdem die Kartoffelstärkefabrik zu Mühlrädlitz bei Parchwitz wieder im Betriebe ist, wird daselbst **Stärke** und **Kraftmehl** in großen und kleinen Quantitäten verkauft.

Ein Haus,

im Werthe von 12,000 Rtl., auf bestem Platz in der Stadt, ist zu verkaufen oder gegen ein Gut, nicht zu entfernt von Breslau, im reelen Tausch bei noch einigen Tausend Zuzahlung anzugeben. Näheres Schweidnitzer Straße Nr. 10 beim Hauseigenthümer, früh bis 9 Uhr, Nachmittags bis 4 Uhr.



Den geehrten Kommittenten diene hiermit zur Nachricht, daß die englischen **galvano-elektrischen Ketten** à 1 Rtl. und 1½ Rtl. nunmehr zu haben sind.

Eduard Groß,

am Neumarkt Nr. 42.

Sonnabend, den 28. Oktober
im ehemals Zahn'schen Lokal
**Erstes Kränzchen
im neugebohnerten Saale.**
Musik von der Kapelle des Herrn
Marcellus Leschnick.
Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Zu gleicher Zeit lade ich am selben Abend zum Karpfen-Essen ein.

H. Bähschnitt.

Ganz frische Hasen,

gut gespickt, das Stück 10, 12, 13 Sgr.

Ganz frisch. Rothwild,

das Pfd. von Rücken und Keule 2½ Sgr., Kochfleisch 1½ Sgr.

Ganz frisches Schwarzwild,

das Pfd. 4 Sgr., empfiehlt

Frühling, Wildhändlerin,
Ring Nr. 26 im goldenen Becher.

Gasäther,

à Pfd. 5 Sgr.,

für Wiederverkäufer, bei Abnahme von Originalbüchsen zu 120 Pfd. **à Pfd. 4¾ Sgr.,** aus der Fabrik von A. H. Polko in Ratibor ist bei uns vorräthig. Briefe, Gelder und Gefäße erbitten wir franco.

Strehlow und Laßwitz,
Kupferschmiedestraße Nr. 16.

Jauersche Bratwurst,

gesottene

Gebirgs-Preiselbeeren

empfing und empfiehlt:

Karl Brieger,

Ohlauer Straße Nr. 38, zu den 3 Kränzen genannt. (Ecke der Ohlauer u. Taschenstraße.)

Eine neue, vortheilhaft eingerichtete Getreide-Reinigungsmaschine ist billig zu verkaufen: Breitestraße Nr. 38.

Ganz frisch. Rothwild,

ist noch zu haben von Rücken und Keule das Pfund 2½ Sgr.

Frische starke Hasen,

gut gespickt das Stück 10 Sgr., die allerstärksten 12 Sgr.,
sind zu haben Kupferschmiedestraße Nr. 43, zum goldenen Stück, im Keller.

Zucker-Niederlage.

Eine Zuckerfabrik von auswärts hat mir ihre Zucker, die sich wegen ihrer Süße und Consistenz ganz besonders empfehlen, zum Verkauf überwiesen, und offerire ich dieselben im Ganzen und im Einzelnen billigst zum Fabrikpreise.

E. Mayer, Oderstraße Nr. 24.

Dänische Stück-Kreide

bei **L. H. Gumpertz,** Blücherplatz 12.

Für die Herren Tischler-Meister.

Sargschilder,

versilberte, wie in Weißblech; auch **Kruzifixe** auf Särge, in allen Größen, empfiehlt billigst: **J. Liedecke,** Gürtlermeister,
Stockgasse Nr. 28.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Anleitung zur Anlage lebendiger Hecken oder Grün-Zäune.

Von **Julius von Pannewitz,** königlich preußischem Ober-Forstmeister.
Zweite verbesserte Auflage. 8. geh. 7½ Sgr.

Der hiesige **Hausbesitzerverein** hat neue **Miethsquittungsbücher** entworfen, welche für die größten wie für die kleinsten Wohnungen sehr genaue Miethskontraktbedingungen enthalten. Wenn diese Quittungsbücher allgemein eingeführt werden, dürften alle Wirthe vor großen Miethsausfällen geschützt werden. Sie werden daher sämmtlichen Herren Hauswirthen bestens empfohlen und sind vorräthig in Umschlag geheftet pro Exemplar 1 Sgr. zu haben im Comtoir der Buchdruckerei bei

Graß, Barth und Comp., Herrenstraße Nr. 20.

J. F. Zieglers Buchhandlung in Brieg,

Zollstraße Nr. 13,
empfiehlt die mit derselben verbundene,

7000 Bände starke Lesebibliothek

allseitiger Beachtung und Theilnahme. Dieselbe wird fortwährend mit dem **Neuesten** und **Beliebtesten** vermehrt. Separat besteht noch ein

Lesezirkel

belletristischer und **publicistischer Zeitschriften,** so wie **medizinischer Journale;** desgleichen in jedem Winter-Semester

ein Taschenbücher-Lesezirkel.

Katalog und Bedingungen werden bereitwilligst mitgetheilt.

Formulare zu Prozeß-Vollmachten,

nach dem von dem **Anwalt-Vereine zu Breslau** entworfenen Sch ma sind sowohl in Folio als in Quart (Briefform) erschienen und zu haben bei

Graß, Barth und **Comp.** in **Breslau.**

Eine **National-Französin,** welche bisher Gouvernante gewesen, ertheilt gegen billiges Honorar Privat-Unterricht. Näheres im Commissions-Büreau von **E. Berger,** Bischofsstraße Nr. 7.

Für einen einzelnen Herrn,

der sich dem geräuschvollen Stadtleben entziehen will, ist in einem höchst romantisch gelegenen Badeorte Schlesiens bald oder Weihnachten eine Stube nebst Kabinet (ohne Möbel) für 20 Rthl. jährlich, eine größere für 30 Rthl. im ersten Stock zu vermiethen.

Näheres mündlich oder auf frankirte Anfragen bei Geschwister **Mittmann,** Ketzerberg 31, 3 Treppen.

Frisch gespickte **Hasen** à 10—12 Sgr., auch **Rothwild** zu billigen Preisen.

J. Seeliger sen.,
am Neumarkt, Ecke der Kupferschmiede-Str.

Särge

in allen Größen, sowohl einfache kieferne, wie auch eichene bester Qualität sind zu den billigsten Preisen stets vorräthig zu haben bei

E. Winkler, Tischlermeister,
Sarg-Magazin,
Katharinenstraße Nr. 11a., neben der kgl. Post.

Zu Stickereigarnirungen

empfiehlt reichhaltige Auswahl von Steinpapparbeiten in den neuesten Façons:

T. Pohlmann, Schmiedebrücke 58.

Gute Flügel stehen zu vermiethen und verkaufen Dominikaner-Platz Nr. 2.

---

50 Schock gute **Rohrschoben** stehen auf dem Dominium Klein-Commerowe bei Trebnitz zum Verkauf.

Frische starke **Hasen, Rehkeulen** und **Rehrücken** zum billigsten Preise: Albrechtsstraße Nr. 3, im Keller.

Eine **möblirte Vorderstube,** im ersten Stock, mit apartem Eingange, ist bald oder den 1. Novbr. zu beziehen: Stockgasse 28.

Vorwerks-Straße Nr. 7, eine Stiege links, ist eine freudliche Stube billig zu vermiethen.

Eine möblirte Parterre-Stube ist Fischergasse Nr. 15, Nikolai-Vorstadt, zu vermiethen.

Billig zu verkaufen:

zwei schöne Büchsen mit Patent-Schrauben und eine große Standbüchse, für deren Güte gebürgt wird. Näheres Oderstraße Nr. 15, eine Stiege vorn.

Breitestraße Nr. 4 und 5, im Seitengebäude, drei Stiegen, ist eine fein möblirte Stube auf Monate zu vermiethen. Auch ist daselbst ein Mahagoniflügel zu verkaufen.

Klosterstraße Nr. 1b ist eine Wohnung von 5 Stuben, Kabinet, Entree und Zubehör zu vermiethen. Auch kann Pferdestall und Wagenplatz dazu gegeben werden.

Neue Taschenstraße 4

sind zwei Stuben nebst Kabinet im hohen parterre zu vermiethen und sofort zu beziehen.

Katharinenstraße Nr. 11a. ist der erste Stock anderweitig sofort zu vermiethen und zum 1. November oder Weihnachten zu beziehen. Näheres im Gewölbe.

Hôtel garni in Breslau,

Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei **König,** sind elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermiethen.

P. S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Generallieutenant v. d. Heyde u. Lieutenant v. Wrochem aus Neisse. Gutsbes. Graf v. Schlabrendorff a. Stolz. — Gutsbes. Baron v. Reuß a. Lossen. Gutsbes. Graf v. Dönhoff a. Berlin. K. k. Oberst Bar. v. Hümmer a. Wien. Gutsbes. Graf zur Lippe-Bisterfeld a. Neuland. Zollvereins-Kommissair Diehl a. Ratibor. Generalagent Satten aus Hamburg. Partik. Wnai a. Paris. Kaufm. Klassen a. Leipzig. Kaufm. Lubliner a. Zülz.

Breslauer Getreide-Preise
am 26 Oktober.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	62	Sg.	56	Sg.	47	Sg.
Weizen, gelber	60	„	55	„	46	„
Roggen	34	„	32	„	29	„
Gerste	28½	„	26	„	24	„
Hafer	17	„	16	„	15	„

Breslau, den 26. Oktober.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112¼ Gld. Polnisches Courant 94½ Br. Oesterreichische Banknoten 95⅚ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 92¾ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 74⅙ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95½ Br., neue 3½% 78 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 90⅓ Br., Litt. B 4% 92 Br., 3½% 81½ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 90 Gld., neue 90 Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 86½ Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 89 7/12 Br., Litt. B 89 7/12 Br. Krakau-Oberschlesische 42½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 68¼ Br. Köln-Mindener 3½% 73½ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 41 7/12 Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. 143 Gld. Berlin 2 Mt. 99⅛ Gld., keine Sicht 99⅚ Gld. Hamburg 2 Mt. 150½ Br., keine Sicht 151⅛ Br. London 3 Mt. 6. 25⅙ Br.

Berlin, den 25. Oktober.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 74 bez., Prior. 4½% 89¼ Br. Krakau-Oberschlesische 42¾ bez. Niederschlesische 3½% 68¼ bez., Prior. 4% 82½ bez., Prior. 5% 93½ Gld., Serie III 5% 88¾ Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 89⅜ bez., Litt. B 89⅜ bez. Rheinische 52½ Br., Prior.-Stamm 4% 67 Br. Posen-Stargard 4% 66¾ bez. u. Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 42 u. 41⅞ bez. u. Br. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½% 74⅛ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92¾ Gld. Posener Pfandbriefe 4% 95 bez., neue 3½% 77⅝ etw. bez. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112¾ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue 90¼ zu machen.

Die Course der Fonds und Eisenbahn-Aktien haben sich bei nur mäßigem Geschäft wenig verändert, schlossen aber matter.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.